Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR . 239
22. JULI 1978

redaktionsschluß:
donnerstag, 16 Uhr
druck: druckladen,
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
einzelverkaufspreis:
1,50 dm



(weiter letzte seite)

DAS WUNDER VON METTINGEN
Wahlbetrug bei Daimler

STUTTGART
17. JULI

Das Drama um die Betriebsratswahl bei Daimler in Untertürkheim ist jetzt in sämtlichen Akten gelaufen. Nachdem das Arbeitsgericht schon im Mai die Betriebsratswahl wegen „Verstößen gegen wesentliche Wahlbestimmungen" für ungültig erklärt hatte, sind am 17. Juli nun auch alle Betriebsratsmitglieder zurückgetreten. In der Tagespresse war zu lesen, die IG-Metall-Mitglieder im Betriebsrat hätten den Antrag auf Rücktritt gestellt, und für nicht Eingeweihte liegt der Eindruck nahe, da habe doch tatsächlich jemand gegen die IG-Metaller geputscht. In Wahrheit wird umgekehrt ein Schuh draus:

Das Ergebnis dieser angefochtenen Wahl war folgendes: die IG-Metall erhielt 19 Sitze (gegenüber vorher 23); die CMV (Christen) erhielten 2 Sitze (wie vorher); Hoss/Mühleisen erhielten 8 Sitze (gegenüber vorher 5). Vor dieser letzten Liste von Hoss/Mühleisen hatte die IG-Metall mit Recht ungeheure Angst. Deswegen hat sie „ein bißchen geschummelt". Während die Auszählung der Stimmen aus Untertürkheim durchgängig ein Ergebnisverhältnis von IGM 60 %, CMV 10 % und Hoss/Mühleisen 30 % ergab, erhielt die IG-Metall in Mettingen 100 % der Stimmen. Bei genauerer Betrachtung der Wahlzettel stellte sich heraus, daß 10 bis 15 Stapel von ca. 30 Wahlbriefen schön ordentlich als zusammengehörige Stäpelchen erkennbar waren. Die Stimmzettel stimmten merkwürdig überein: mit dem selben Stift war in derselben Weise das Kreuz immer bei der IG Metall gemacht worden. Außerdem waren die Briefumschläge sehr sauber, wo doch in Mettingen arge Dreckarbeit verrichtet wird und sich das normalerweise auch auf den Umschlägen der Stimmzettel zeigt. Zu guter Letzt waren die Urnen auch nicht ganz sauber: die Einwurfschlitze waren nicht versiegelt, die Nummern der Urnen waren leicht auszutauschen, sie waren nur mit einfachen Vorhängeschlössern gesichert und außerdem konnte durchaus ein Arbeiter, nachdem er seine Stimme in dem einen Wahllokal abgegeben hatte, dies in einem anderen Wahllokal noch einmal tun, weil den Wählerverzeichnissen auch nicht so große Bedeutung beigemessen wurde, wie das hätte sein sollen.

Nachdem Mitglieder der Liste Hoss/Mühleisen beim Auszählen diese Unregelmäßigkeiten bemerkten und auf sie hinwiesen, verwies der Wahlvorstand erst einmal alle Anwesenden des Raumes, um die Auszählung alleine vorzunehmen. Die Vertreter der oppositionellen Liste konnten dann durchsetzen, daß wenigstens drei der deutlich erkennbaren Stapel mal durchgesehen wurden. Aber auch als das Ergebnis ausschließlich Voten für die IG-Metall waren, bestand der Wahlvorstand darauf, die Auszählung fortzusetzen, ohne wenigstens die weiteren erkennbaren ähnlichen Stapel gesondert zu behandeln.

Die Liste 3 Hoss/Mühleisen beschloß daraufhin, trotz des für sie guten Ergebnisses (Zugewinn von 3 Sitzen) vors Gericht zu ziehen, das ihnen dann ja auch recht gab. Schon bei der letzten Betriebsratswahl hatte es nämlich nach Wahlbetrug ausgesehen: von 2000 Briefwahlstimmen waren nur 30 für die Liste Hoss abgegeben worden, obwohl ein weit höheres Ergebnis erwartet worden war. Bei dieser Wahl gab es kaum Briefwahlstimmen . . . !

Da ein Betrüger ja nicht von vorneherein damit rechnet, daß er auffliegt, sondern eigentlich davon ausgeht, daß seine Rechnung aufgeht, kann man sich nur über die Dummdreistigkeit der IG-Metall wundern, die da glaubte, mit derart plumper und offensichtlicher Betrügerei auch noch durchzukommen.

„JEDER, DER AN DER MACHT IST, VERSUCHT DIESE FÜR SICH ZU ERHALTEN".
EIN INTERVIEW ZU DEN „OPPOSITIONELLEN LISTEN"

FRANKFURT
14.Juli

In der Nummer 7 der „Frankfurter Informationen" erschien ein Interview, das zwei FI-Mitarbeiter mit dem scheidenden DGB-Sekretär und stellvertretenden DGB-Vorsitzenden für Frankfurt, Friedel Hahn, geführt haben. Es ging um die Haltung von DGB und Hahn zu den „Oppositionellen Listen" bei Betriebsratswahlen.
Wir drucken das Interview auszugsweise ab.

Hier noch die Adresse der „Frankfurter Informationen": Liebigstraße 24, 6000 Frankfurt 1, Telefon: 72 51 54.

FI: Wie ist der offensichtliche Vertrauensverlust zu interpretieren, den die herkömmlichen Betriebsräte und ihre gewerkschaftlichen Listen erlitten haben?

Friedel Hahn: Es gibt eine Menge Mechanismen und Gründe, die diese „Oppositionellen Listen" ermöglichen. Zunächst läßt sich feststellen, daß im Bereich von ‚Druck und Papier' das Problem der „Oppositionellen Listen" am geringsten war. Das hängt mit den sehr starken Arbeitskämpfen zusammen, die dort stattgefunden haben.
Dies hat automatisch dazu geführt, daß die Gewerkschaftsführer im Betrieb, die dann ja auch die Listenführer bei den Wahlen sind, sich bei den Kämpfen als eindeutige Interessenvertreter bei den Kollegen erwiesen haben. Infolgedessen entsteht in anderen Bereichen die Problematik auch dadurch, daß dort seit vielen Jahren keine Arbeitskämpfe mehr stattgefunden haben.

FI: Bringen dann jene „Oppositionellen Listen", die sich insgesamt eindeutig zur Gewerkschaft bekennen, neuen Schwung in die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb?

Friedel Hahn: Das kann für eine kurze Übergangsphase mal der Fall sein, aber langfristig bewirken diese „Oppositionellen Listen", auch wenn sie sich als gewerkschaftliche verstehen, eine Verunmöglichung langfristiger Gewerkschaftspolitik, weil der Streit um die „Oppositionellen Listen" von den eigentlichen Problemen ablenkt und dazu führt, daß nur noch persönliche Auseinandersetzungen stattfinden. Dies wiederum zerstört die notwendige Solidarität. Ich sehe „Oppositionelle Listen" grundsätzlich nicht nur als problematisch an, sondern als gefährlich an, um eine längerfristige fortschrittliche Gewerkschaftspolitik durchzusetzen.
Wenn man über die „Oppositionellen Listen" spricht, dann muß man darüber reden, wie sich Gewerkschaftspolitik im Betrieb darstellt. Die meisten Gewerkschaftsmitglieder hier sind bloße passive Mitglieder, die sich an keinerlei Aktivitäten beteiligen, die aber erwarten, daß ihre Organisation, die Gewerkschaft, ihre Probleme aufgreift und auch löst. Jetzt gibt es im Betrieb eine Funktionärsstruktur, die ganz unterschiedlich, je nach Bewußtseinslage an diese Frage herangeht.
Das könnte man als fortschrittlich und weniger fortschrittlich bezeichnen, man sollte aber diese Begriffe im gewerkschaftspolitischen Rahmen nicht gebrauchen, sondern darauf sehen, wie die einzelnen Funktionsträger dazu beitragen, die materiellen Probleme der Kollegen zu lösen. Wenn Kollegen glauben, daß sich der Betriebsrat oder der gewerkschaftliche Vertrauenskörper nicht mehr richtig um die betrieblichen Probleme kümmert, dann ist es auch berechtigt, dagegen zu opponieren. Dies sollte aber nicht dazu führen, „Oppositionelle Listen" aufzumachen, sondern dazu, daß im Vertrauenskörper diese Problematik immer wieder zur Diskussion gestellt wird. Und es zeigt sich — und da habe ich ganz persönliche Erfahrungen gemacht — wenn man dies beharrlich und lange Zeit tut, daß sich die Kollegen dann durchaus



davon überzeugen lassen, daß die Politik im Betrieb verändert werden muß.
Wenn bei einer Betriebsratswahl oppositionelle Listen erstellt werden, man also aus der Diskussion des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers herausgeht und sich einen eigenen Körper von Kollegen bildet, der sagt, „ wir lösen diese Probleme außerhalb des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers", dann führt das automatisch dazu, daß dieser zweite Körper gegen den ersten konkurriert. Unabhängig davon, ob sie sagen, „Wir sind beides Gewerkschaftslisten". Auch wenn sie sagen, sie hätten das gleiche Interesse, Arbeitsbedingungen zu verbessern, so will dies jeder mit anderen Ansätzen verwirklichen. Und das führt dann automatisch dazu, daß sich beide Gruppen miteinander auseinandersetzen und nicht mehr mit dem Arbeitgeber. Damit wird die Auseinandersetzung verlagert. Sie findet jetzt zwischen abhängig Beschäftigten statt, von den Unternehmern durchaus gerne gesehen.
Ist die Auseinandersetzung einmal auf einer solchen Ebene, dann vervielfältigt sich die Spaltung: es bilden sich weitere oppositionelle Gruppen, weil es sich zeigt, daß es möglich ist, für einzelne Personen, Vorteile, sprich Betriebsratssessel zu ergattern.
Insofern fühlen sich dann immer mehr Gruppen zu einer solchen Politik motiviert, deshalb habe ich vorhin gesagt, selbst wenn die „Oppositionelle Kandidatur" mit einem fortschrittlichen Anspruch unternommen wird, führt das langfristig dazu, daß die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb nicht mehr lebensfähig ist.

FI: Oft scheinen die verschiedenen Listen nicht nur auf persönliche oder gewerkschaftspolitische Differenzen zurückzugehen, sondern darauf, daß sie unterschiedliche Arbeitnehmerschichten repräsentieren. Wie aktuell in Frankfurt die Ausländer (bei VDO und Adler), die bisher in der Betriebsratsarbeit kaum Berücksichtigung fanden. Kommt nicht auf diese Weise so etwas wie ein demokratischer Interessenausgleich zustande?

Friedel Hahn: Also wenn diese Argumentation richtig ist, dann ist auch richtig, daß beispielsweise leitende Angestellte besondere Berücksichtigung finden bei Betriebsrats- oder Aufsichtsratswahlen. Einer solchen Argumentation kann man nicht folgen. Eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation schöpft ihre Kraft im Betrieb daraus, daß sie von allen Gruppen getragen wird.

FI: Woran liegt es, daß verschiedene Gruppierungen von Kollegen in einzelne Listen ausbrechen und nicht mehr in der gewerkschaftlichen Gesamtliste zusammengefaßt werden können? Daran, daß die herkömmlichen Betriebsräte diese Leute ganz bewußt ausgegrenzt haben oder ist es schlichtweg die schlechte Politik dieser Leute, die jetzt auf den „Oppositionellen Listen" kandidieren?

Friedel Hahn: Das ist ganz unterschiedlich in den verschiedenen Betrieben. Nur in der Regel muß man davon ausgehen, daß, wenn Betriebsräte gute Politik machen, die auch gewerkschaftlich verankert ist, eine Opposition nicht sehr groß werden kann. Wenn sich starke Opposition bildet, dann haben die Betriebsräte meist in eingefahrenen juristischen Gleisen eine Politik gemacht, was soweit gehen kann, daß eine gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht mehr zu erkennen ist.

FI: Wie aber ist zu erklären, daß sich eine existiernde Opposition im Vertrauensleutekörper nicht so durchsetzen kann, daß sie angemessen auf der Einheitsliste repräsentiert ist? Denn plötzlich bekommen dann die „Oppositionellen Listen" 20 bis 30 Prozent. Stimmt etwas mit dem Wahlrecht nicht, das die Listenaufstellung im Vertrauensleutekörper regelt?

Friedel Hahn: Das hat nichts mit dem Wahlrecht zu tun. Das hat damit zu tun, daß jeder der an der Macht ist – versucht, diese für sich zu erhalten. Von daher ist es eine ganz natürliche Reaktion von Betriebsräten, eine Opposition, die sich bildet, abzuschirmen, sowohl im Betriebsrat als auch im Vertrauenskörper.

FI: Wie kann die Ortsverwaltung auf existierende „Oppositionelle Listen" reagieren und welche Schritte sind schon im Vorfeld zu unternehmen, bevor es zu einer solchen „Oppositionellen Kandidatur" kommt?

Friedel Hahn: Die Organisation muß im Betrieb immer präsent sein. Es sollte zu allen Vertrauensleutesitzungen ein hauptamtlicher Kollege anwesend sein, der über die FRagen der Gewerkschaftspolitik mit den Kollegen diskutiert. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wenn diese Listen einmal da sind, es keine andere Möglichkeit gibt, als die Leute, die sich daran beteiligen und soweit sie Gewerkschaftsmitgleider sind, auszuschließen. Denn sie sind an Listen beteiligt, die gegen die Liste der Organisation gerichtet sind. Wenn wir das nicht tun, dann öffnen wir Tür und Tor, daß sich immer mehr „Oppositionelle Listen" bilden. Langfristig bewirkt das, daß die Organisation im Betrieb nicht mehr kampffähig ist, weil Gewerkschaftspolitik durch Erfolgsstreben bei Betriebsratswahlen und daraus resultierenden persönlichen Querelen in die Gefahr gerät zu stagnieren.

FI: Es gibt ja in Frankfurt das Beispiel ‚Hartmann und Braun', wo es schon bei den Wahlen 1975 eine „Oppositionelle Listee" gab und diesmal vier, und infolgedessen 1978 ganz darauf verzichtet wurde, eine gewerkschaftliche Liste aufzustellen.

Friedel Hahn: Man kann dieses Ergebnis nur auf seinem Entstehungsgrund beurteilen. Es gab dort schon 1975 eine „Oppositionelle Liste" von IG-Metall-Mitgliedern. Diese Kollegen haben damals alle eine Ausschlußverfahren bekommen, das mit einem befristeten Funktionsverbot sehr glimpflich ausgegangen ist. Diese Situation war wohl letztlich dafür ausschlaggebend, zu sagen, „wir machen keine IG-Metall-Liste in diesem Jahr", man wußte, es wird wieder eine „Oppositionelle Liste" geben. So wollte man diese Konfrontation zwischen IG-Metall-Kollegen abbauen um hinterher wieder eine vernünftige gewerkschaftspolitische Einheit herzustellen. Aber auch das wird schwierig werden, weil nach meinen Informationen mittlerweile eine Beschäftigter, der auf einer „christlichen" Liste kandidiert hat, Betriebsratsvorsitzender geworden ist. Bei normalen Mehrheitsverhältnissen, und ohne die langen persönlichen Auseinandersetzungen um die „Oppositionelle Liste" wäre dies gar nicht denkbar gewesen.

FI: Also selbst wenn die Kräfteverhältnisse im Betrieb, wie wohl bei „Hartmann und Braun" relativ ausgeglichen sind, müßte die Ortsverwaltung auf eine gewerkschaftliche Liste drängen. Es besteht aber doch der Eindruck, solange die „Oppositionellen" schwach sind, versucht man sie an den RAnd zu drängen, sind sie aber stark, dann läßt man die Dinge laufen und sagt, wir machen einfach keine gewerkschaftliche Liste mehr.

Friedel Hahn: Aber damit ist das Problem ja keineswegs beseitigt. In einer solchen Situation, wenn der Karren schon einmal so verfahren ist, muß es nicht auf jeden Fall eine gewerkschaftliche Liste geben. Aus taktischen Gründen kann man auf eine gewerkschtftliche Liste verzichten, um in der laufenden Legislaturperiode den Konflikt soweit beizulegen, daß bei den nächsten Wahlen wieder eine einheitliche Gewerkschaftsliste möglich ist. Nur die gewerkschaftliche Einheit garantiert Solidarität unter allen Arbeitnehmern und dise brauchen wir ja gerade in den kommenden Jahren stärker als je zuvor.

HAUSMITTEILUNG

Die Nr. 233 des allseits beliebten "Frankfurter Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" ist mal wieder verschiedenen Gefangenen nicht ausgehändigt worden. Besonders beanstandet wurden die Seite 15 (Grohnde-Prozeß: Ein Jahr ohne Bewährung für Eso), Seite 23 (Antifaschisten verprügelt), Seite 25-30 (unter anderem: General Geisel war in der BRD ...). Bei aller Kritik an der Berichterstattung (Verzerrt, beleidigend für Polizei und Justiz usw.) gibt es für die verehrten Einsender dieser Artikel auch eine frohe Botschaft: stellenweise ist der Herr Boujong, Ermittlungsrichter am Bundesgerichts-



hof, mit den Verfassern einer Meinung. (Zitate aus der Begründung für die Nichtaushändigung)

"Im Artikel 'Antifaschisten verprügelt' auf Seite 23 werden willkürliche und brutale Übergriffe der Polizei bei der Auflösung einer Demonstration beschrieben,... die den Beschuldigten zu einer widersetzlichen Haltung gegenüber dem Anstaltspersonal veranlassen können."

"Die Artikel1. (es folgen die Artikel von S. 25 - 30) enthalten zum Teil unrichtige und einseitige, das tatsächliche Geschehen verzerrende Darstellungen über Verhältnisse und Vorgänge in Vollzugsanstalten und über brutale Mißhandlungen von unschuldigen Schaulustigen bei einer Demonstration gegen Präsident Ernesto Geisel durch Polizeibeamte."

2. TAGUNG ZUM THEMA „FAMILIENFÜRSORGE/ ALLGEMEINER SOZIALDIENST"

FRANKFURT 17. Juli In der Familienfürsorge — oder wie es nach einem Schilderwechsel in einigen Städten heißt: Allgemeiner Sozialdienst — arbeiten ein Großteil der Sozialarbeiter. Grund genug für uns, sich mit der Arbeit in diesem Bereich kritisch auseinanderzusetzen.

Das 1. Treffen fand im März dieses Jahres statt; die Resonanz war groß, ca. 50 Kolleginnen und Kollegen aus der BRD und Westberlin nahmen teil. Die auf diesem Treffen behandelten Themen:

— Funktion des Sozialarbeiters in der Familienfürsorge
— Distanz/Nähe zum Klienten
— Rationalisierungen im Sozialbereich
— Veränderungsmöglichkeiten etc.

werden im Informationsdienst Sozialarbeit Heft 21 behandelt. Der Info erscheint im September und dient auch der Vorbereitung auf das 2. Treffen vom 21. - 22. Oktober in Frankfurt. Folgende Schwerpunkte sollen diskutiert werden:

— Politische Ansätze und Perspektiven in der Familienfürsorge
— Was hat es auf sich mit der „Professionalisierung"?
— Welche Bedeutung haben Methoden/Supervision/Fortbildung?
— Gewerkschaftliche Arbeit

Alle Kollegen und Kolleginnen, die in der Familienfürsorge bzw. in benachbarten Arbeitsbereichen arbeiten,möchten wir zu dieser Wochenendtagung am 21. und 22. Oktober 1978 in die Fachhochschule nach Frankfurt einladen.

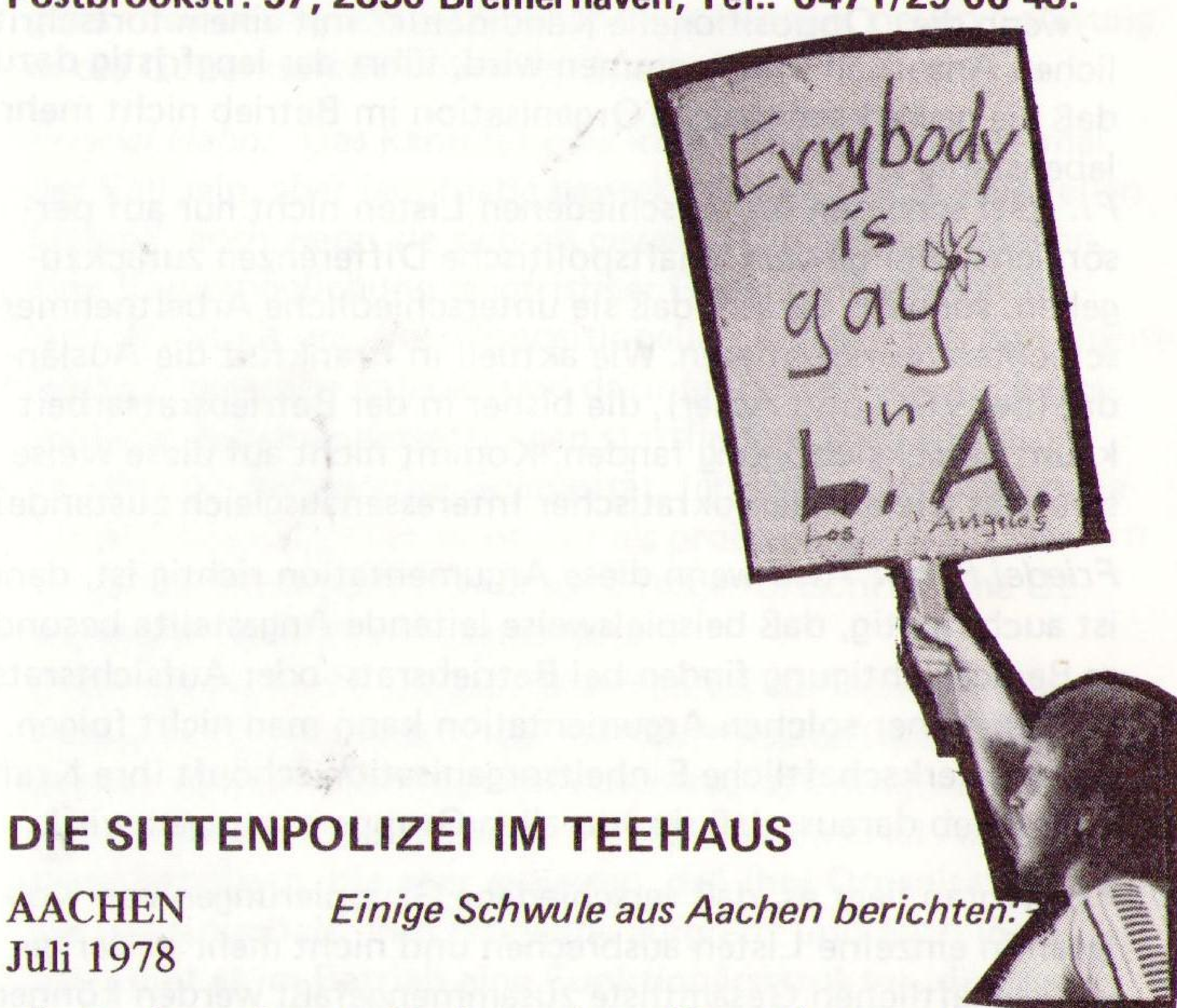
Anmeldung (bitte angeben, ob Übernachtungsmöglichkeit gewünscht wird) an: Arbeitsfeld Sozialarbeit/Redaktion Info Sozialarbeit, Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Wer an dem Vorbereitungstreffen am 7. Oktober in Frankfurt teilnehmen möchte, erhält nähere Informationen unter **Telefon 0611 / 7891239.**



PROZESS GEGEN SCHÜLERZEITUNG „DER AUFRÜHRER"

BREMERHAVEN 18. Juli Ende 1977 druckte die Bremerhavener Schülerzeitung „Der Aufrührer" ein Gedicht ab, das „Freiheit" hieß und sich mit dem Zustand derselben in der Bundesrepublik befaßte (siehe ID 236). Dies rief einen politischen Oberkommissar auf den Plan, der dem presserechtlich verantwortlichen Schülerredakteur Andreas und dem unbekannten Dichter mit den Initialen V.D. zwei Vorladungen zu polizeilichen Vernehmungen schickte. Die Schüler kamen diesen Einladungen nicht nach. Mittlerweile ist die „Freiheit" Gegenstand eines Prozesses geworden, der am 27. Juli um 14.30 Uhr im Amtsgericht beginnt. Die Schüler bitten um finanzielle Unterstützung.

Kontakt: Schülerzeitung „Der Aufrührer", c/o Andreas Ristau, Postbrookstr. 57, 2850 Bremerhaven, Tel.: 0471/29 06 48.



DIE SITTENPOLIZEI IM TEEHAUS

AACHEN Juli 1978 *Einige Schwule aus Aachen berichten:*

„In Aachen gibts ein Teehaus, da treffen sich einmal in der Woche am Sonntag Schwule. Mit Flugblättern und Plakaten haben wir auf uns aufmerksam gemacht, und das war der Stein des Anstoßes. Einige Flugblätter flatterten an die Schwarzen Bretter der Schulen und einige Direktoren, besorgt um die Moral der Schüler, erstatteten Anzeige wegen „Verbreitung jugendgefährdender Schriften".

Dann kamen die von der Sittenpolizei ins Teehaus, waren saufreundlich und stellten 'ne Menge dumme Fragen, was wir denn hier alles so machen würden und ob auch alle schön über achtzehn seien, und sie wollten am kommenden Sonntag mal einen ihrer jüngeren Kollegen vorbeischicken. Und der jüngere Kollege, der für einige von uns einschlägig vorbekannt war, kam. Er verkrümelte sich in eine Ecke und saß da recht lieb rum, wir haben ihn nicht weiter beachtet, probten weiter Lieder für unser Männerfest, irgendwann haute er dann ab."

RENTNER TUN SICH ZUSAMMEN........

AACHEN
18. Juli

Dieser Bericht ist dem „Klenkes" Nr. 7/8 entnommen:

„Bund Deutscher Rentner – Aktion Seniorenwerk e.V." (BDR/AS) Ortsgruppe Aachen - so lautet die neue Gründung, die am 15.6.1978 in Aachen stattfand. Der BDR/AS e.V. hat seinen Sitz in Köln. Er ist unabhängig, parteipolitisch und konfessionell neutral. Er ist dem „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband" angeschlossen.

WAS WILL DER BDR/AS ?

Er erstrebt den Zusammenschluß aller Rentnerinnen und Rentner unter Einbeziehung von Pensionären, Frührentnern und Personen im Vorrentenalter.
Sein Hauptziel ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Rentner und die aktivere Beteiligung der „älteren Generation" am Leben in unserer Gesellschaftsordnung.
Hierzu fordert der BDR/AS in einem Aktionsprogramm „Kampf um die Menschenwürde" folgendes:

1. eine Angleichung an die sozialen Vorteile der Arbeiter, Angestellten und Beamten, also aller Arbeits- und Produktionsaktiven, insbesondere eine 13. Monatsrente;
2. ein Mitspracherecht der älteren Generation in allen materiellen und gesellschaftlichen Fragen:
3. Anhebung der Witwenrente von z.Zt. 60% auf einen höheren Satz, der die fortlaufenden Existenzkosten angemessen berücksichtigt;
4. Ausbau des Bundes-Sozialhilfegesetzes, insbesondere Beseitigung der entwürdigenden Regreßpflicht von Familienangehörigen;
5. Aufhebung der zwangsläufigen Verlegung alter Menschen aus Krankenanstalten in Pflegeheime unter Bedingungen, die eine nicht vertretbare Eigenbelastung der Betroffenen mit sich bringen;
6. einen Senioren-Paß, der nach sozialen Gesichtspunkten ausgerichtet ist, also: die zu hohe Vorauszahlungspauschale von 98,- bzw. 50,- DM ganz oder teilweise abschafft, so daß auch der Kleinst-Rentner in den Genuß dieser Vergünstigung kommen kann;
7. generelle Revision der Anlage- und Unterhaltungskosten für ein Telefon, das eigentlich jedem alten Menschen kostenlos zustehen sollte;
8. Schaffung eines Altenwerks, entsprechend dem schon lange bestehenden Jugendwerk.

Einige weitere Punkte, die in der Satzung verankert sind:

– Beratung in allen Rentenangelegenheiten und bei behördlichen Schwierigkeiten,
– Begegnungen und Aussprachen mit der Jugend herbeiführen zur Überwindung bestehender Vorurteile und hindernder Aversionen gegenüber den älteren Mitmenschen,
– Beschaffung von Nebenverdiensten, u.a. Teilzeitarbeit für diejenigen, die noch arbeitswillig sind und ihr geringes Renteneinkommen aufbessern müssen.

Es wird selten veröffentlicht, daß 60% der Rentner mit dem Existenzminimum leben oder darunter. Es ist bitter, nach einem arbeitsreichen Leben und den schweren Jahren des Aufbaus nach dem 2. Weltkrieg jetzt die Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Den Rentnern geht es nicht so gut, wie es immer verbreitet wird. Damit sich diese Mitmenschen nicht alleingelassen fühlen, ist der BDR/AS gegründet worden.
Diese kleinen Renten kommen mit der Kostensteigerung nicht mit. Ein Beispiel dafür: Die Mietsätze in den Altersheimen mußten durch Verordnung erhöht werden, aber die Rentenerhöhung, die zum 1.1.78 versprochen war, wurde nicht durchgeführt.

Die große Rentenpolitik und Gesellschaftspolitik wird überwiegend dem Bundesverband überlassen, dem durch zahlreiche Mitgliederwerbung der Rücken gestärkt werden soll.

Die Ortsgruppe Aachen ist zunächst noch ein kleines Grüppchen. Ein fertiges Programm der zu leistenden Arbeit liegt noch nicht vor und muß erst mit den Mitgliedern erarbeitet werden. Sie will bei den kommunalen Stellen die Interessen der älteren Generation wahrnehmen und Alleinstehende aus ihrer Isolation herauslocken, Hilfestellung leisten bei Anträgen und Besuchen bei Behörden und Ämtern.
Es sollen unter den Mitgliedern gegenseitige Hilfsaktionen gestartet werden. Es gibt bestimmt auch in Aachen noch viele Möglichkeiten für Aktivitäten der Ortsgruppe.

Einmal im Monat ist ein allgemeines Treffen der Mitglieder vorgesehen.

Vorläufige Kontaktadressen: Ruth Treder, Boxgraben 74, Tel.: 29 382; Peter Hensgens, Judengasse 7, Tel. 32 611."



AN ALLE UNTER ACHT + ZEHN

(UND auch an alle Erwachsenen, die sich noch jung fühlen)

Nürnberg, 18. Juli

Ein kreuz und quer bedrucktes rosa Flugblatt aus Nürnberg ruft zu einem Hungerstreik für der Rechte der Kinder und Jugendlichen auf, der am 4. November in Köln beginnen soll. Vorbereitungstreffen sind am 15. bis 31. August und vom 13. bis 15. Oktober geplant:

Aufruf zum Hungerstreik für die Rechte von Kindern, Schülern und Jugendlichen:

„Wenn wir selbst nichts tun, tut niemand etwas für uns!

(Art. 1 des Grundgesetzes: Die Würde (Gefühle und Seele) des Menschen ist unantastbar.

Art. 2: Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Art. 3: Alle Menschen sind (nur?) vor dem Gesetz gleich.

Obwohl wir Jüngeren nach dem Grundgesetz auch Träger von Grundrechten sind und auf dem Papier auch Wesen mit eigener Menschenwürde, merken wir nicht viel davon! Hier nur einige Beispiele unserer totalen Entmündigung: Wir m ü s s e n die Vorschriften unserer Eltern befolgen. Sie tun angeblich unser Bestes, allerdings in den wichtigsten Punkten ohne uns zu fragen, was wir wollen. Wir sind ihr „Privateigentum" und ihre „Schutzbefohlenen". Wir werden unter Androhung und Anwendung von Prügel, Erziehungsheim, Geldstrafen und sogar Gefängnis g e z w u n g e n, zur Schule zu gehen. Vielen wird

ihre Kindheit gestohlen durch Ausbildungen, die sie überhaupt nicht machen wollen.

Lernfreiheit für Schüler hat es nie gegeben

Das Schlimmste: Erwachsene behandeln uns als „unreif", z.B. tun sie so, als hätten wir keine Sexualität. Man darf nirgends nackt herumlaufen und seine Gefühle offen zeigen. Mit keinem Wort erwähnen sie die Hauptursache, warum immer mehr Jugendliche, nun auch schon Acht- und Neunjährige, Selbstmord begehen: Wir werden an der freien Entfaltung unserer Sexualität (Zärtlichkeit) gehindert. Das Wegdrängen **zärtlicher und erotischer Wünsche durch tägliche Schule oder** Arbeit, die ganze Erziehung zum Konsumieren ist für uns der schwerwiegendste Eingriff in die natürliche Entfaltung unserer Körper, Sinne und Seelen. Wir haben keinen Platz, wo wir uns austoben dürfen, keine Treffpunkte, wo wir uns zeigen dürfen, wie wir sind, ohne uns zu schämen.

Erwachsene, die einen schlechten Ruf in Kauf nehmen und einem Kind/Jugendlichen Liebe und Zuneigung schenken, welche die Sexualität als deren höchster Ausdruck miteinschließt, werden in tausenden von Fällen in Deutschland ins Gefängnis geworfen, und zwar meistens für längere Zeit als wenn sie ein Kind körperlich geschlagen oder mißhandelt hätten!

Der Entzug von Zärtlichkeit, den viele Jugendliche/Erwachsene aushalten müssen, ist das bestorganisierteste Verbrechen, das es gibt. Unsere Erzieher übersehen, daß jeder Mensch ein natürliches, spontanes Sexualleben bereits vor der Geburt hat.

Wenigstens der Deutsche Jugendhilfetag (9. bis 11. November in Köln, Messehallen) soll eine Sache von den Jugendlichen selbst sein und nicht wieder von Einschüchterung und Bevormundung von Eltern, Lehrern und Sozialarbeitern gekennzeichnet sein.

Welche Rechte wir als Kinder, Jugendliche und Schüler fordern:

1. Unser Recht, am Jugendhilfetag teilnehmen zu dürfen. Unser Protest, daß die Erwachsenen den Termin absichtlich so angelegt haben, daß Jüngere, Betroffene erst überhaupt gar nicht oder nur unter ganz großen Schwierigkeiten (Einschüchterung von Schule oder Eltern, Angst, kein Schulfrei, kein Fahrgeld, keine Mitfahrgelegenheit, Risikos beim Trampen, Drohung mit polizeilicher Verfolgung) den Weg nach Köln finden.

2. Das Recht auf freie Wohnungswahl. Wir wollen uns eine eigene Wohnung nehmen dürfen. Nach eigenem Wunsch soll jeder in einer Wohngemeinschaft oder Kommune leben dürfen, leerstehende Häuser dürfen genutzt, aber nicht geräumt werden (Aufenthaltsselbstbestimmung).

Dazu gehört das Recht, abzuhauen von Zuhause/aus der Schule/aus dem Heim, wenn die Erzieher einen terrorisieren. Wir wollen unabhängig von den Erziehern selbst entscheiden, ob, wo, wie, wann, wielange man übernachten, lernen, arbeiten, leben will.

3. Recht auf freie Wahl von Eltern und Lebenspartnern.

4. Eine Schule, wenn sie für einige wirklich noch sein muß, die f r e i w i l l i g ist, die sich danach richtet, was wir lernen wollen und in der „Lehrer" unsere (gleichberechtigten) Freunde sind.

5. Tiefgreifende Neuregelung des „Sexualstrafrechts". Abschaffung oder drastische Senkung des Schutzalters für sexuelle Beziehungen (vergleiche: Deutschland 18 Jahre, Holland und Schweden 16 Jahre, Dänemark 15 Jahre, Japan 12 Jahre).

6. Anerkennung der „Homosexualität" als gleichwertige Form der Liebe und Zuneigung.

7. Sofortige Einstellung der Menschenversuche an Gefangenen, die u.a. wegen „Verführung Minderjähriger" eingesperrt sind (Nötigung, sich wegen dieser Anomalität das Gehirn operieren zu lassen).

8. Abschaffung von Autos, nicht nur da, wo Kinder spielen.

9. Volljährigkeit auf Verlangen.

Jedem seine Chance...

Jedem seine Chance...

Das sagt der Veranstalter des Jugendhilfetages, nämlich seine Forderungen und Ziele vorzubringen. Ihr dürft also Schulfrei fordern, auf dem Kirchentag gings auch... Wer den Mut hat, die Hungerstreikenden zu unterstützen, der schreibe an die Vorbereitungsgruppe."

Kontakt: Vorbereitungsgruppe, c/o B. Reimers, Postfach 150574, 8500 Nürnberg 15.

Dies Flugblatt wurde von der Indianerkommune Nürnberg gemacht. Sie ist vorläufig erreichbar in der Petzoldstraße 6, 85oo Nürnberg.

Wenn Lehrer und Eltern auch nicht Schulfrei geben wollen, schreibt an die Veranstalter des Jugendhilfetages (AGJ, Haager Str. 44, 5300 Bonn 1), die das dann für euch beantragen sollen. Bei der Vorbereitungsgruppe können auch Flugblätter bestellt werden.

RENDSBURGS LETZTE ALLEE BLEIBT ERHALTEN

RENDSBURG 20. Juli

Begonnen hat alles mit dem Plan der Stadt, eine tolle Allee auszubauen, auf vier Spuren. Das würde heißen, daß alle Bäume gefällt würden. Außerdem ist in den letzten Jahren schon so viel bei uns geholzt worden, daß wir diesem Wahnsinn endlich einmal einen Riegel vorschieben wollten. Und es ist uns auch gelungen! Der Beschluß der Stadtväter wurde letztlich revidiert; es gab vorher 'ne Menge an Aktionen, z.B. Straßentheater, Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Plakate, Feste etc. Und die Bevölkerung stand zum größten Teil auf unserer Seite. Da wir in erster Linie eine Anti-AKW-BI sind, hat uns diese Aktion unheimlich gut getan — viele neue Leute machen mit, viele Bürger unterstützen uns — auch bei Aktionen gegen AKWs.

Doch die Sache hat einen kleinen Nachgeschmack bekommen: Es tauchte nämlich auch ein Brief auf, der offensichtlich von der Stadt Rendsburg geschrieben war. Tatsächlich handelte es sich jedoch um eine Fälschung. Gab 'ne Menge Wirbel bei Presse und in den Parteien. Geschmunzelt haben (fast) alle. Die Bullen kamen daraufhin gleich zweimal bei einem unserer Mitglieder an und durchsuchten seinen Arbeitsplatz (eine Buchhandlung), seine Wohnung und die seiner Eltern, sowie den Laden der Bürgerinitiative! Gefunden haben sie natürlich nichts. Sicher ist, das dies in erster Linie Schikane ist um die Bürgerinitiative bzw. einzelne Mitglieder zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Bereits in der Vergangenheit gab es einige Aktionen, die den Bullen wohl nicht so recht in den Kram paßten.

Wir haben nun kurzerhand „zurückgeschlagen". Das gefälschte Schreiben wurde gleich 2000mal nachgedruckt und verteilt mit einem Flugblatt, in dem wir u.a. erklären, daß wir solche Sachen für berechtigt halten. Und außerdem zogen 'ne Reihe Leute zur Bullenwache um den Kripomenschen 16 Schreibmaschinen zu präsentieren — als Zeichen unseres Guten Willens, ihm bei der Aufklärung dieses ungeheuren Falles behilflich zu sein ... Das nervte die ganz schön. Obwohl uns ein Film abgenommen wurde, fanden wir die Aktion gelungen — es wird sicher nicht die letzte sein...

Übrigens : Zu unserem Kampf um die Bäume bereiten wir eine Broschüre vor. Kontakt: **BUR-Laden, Prinzessinstr. 5, 2370 Rendsburg, 04331 / 23012 von 18 — 21 Uhr.**

DIE GLU – EINE PARTEI WIE JEDE ANDERE ?

HANNOVER
6. Juli

Am 6.7. fand in der TU-Hannover eine Veranstaltung statt, unter dem Thema: Die Grünen/Bunten und die Linke.

Besucht wurde diese Podiumsdiskussion von ca. 800 Teilnehmern. Podiumsteilnehmer waren: Grete Thomas (GLU), G. Hopfenmüller und Anne Johanson (Bunte Liste-Hamburg), W. Jüttner (Juso), H. Löffler (Jungdemokrat), ein Vertreter des KB, Prof. Seifert (TU-Hannover), Dr. A. Krovoza (TU-Hannover).

Zum Verhältnis von Partei und Basisbewegung (z.B. Bürgerinitiativen) wurde folgende Resolution angenommen:

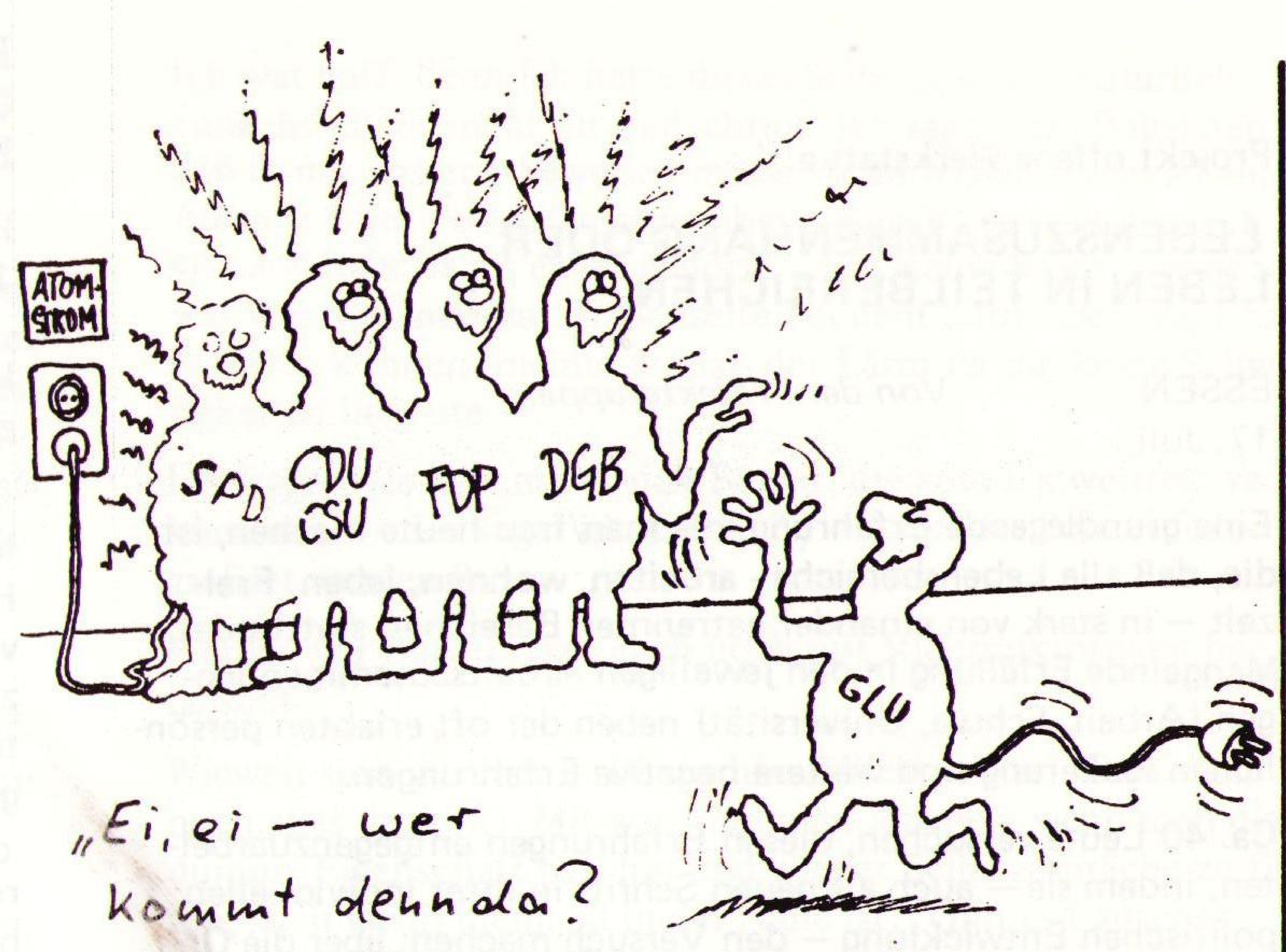
Der Wahlerfolg der GLU am 4. Juni 1978 ist auf breit vorhandenes Unbehagen über die immer weitergehende Zerstörung unserer Umwelt zurückzuführen. Gerade in den Regionen, in denen Atomkraftwerke, die Wiederaufbereitungsanlage und industrielle Großanlagen errichtet wurden und werden.

Auf der anderen Seite zeugt das gute Abschneiden in den grossen Städten Niedersachsens davon, daß auch hier die Sensibilität für existenzbedrohende Gefahren überdurchschnittlich vorhanden ist. Diese Menschen, die sich zur Wahrung ihrer Interessen entschlossen haben, die die Folgen dieses Staates einfach nicht länger hinnehmen wollen und sich darum in vielfältiger Form engagieren, in Bürgerinitiativen mitarbeiten und damit begonnen haben, sich zu wehren, haben am 4. Juni der GLU ihre Stimme gegeben. Ihre Hoffnung, damit eine Kraft gestärkt zu haben, die ihren Vorstellungen auch parlamentarisch Ausdruck verleiht, ist eine große Verpflichtung für die GLU und alle sie tragenden Kräfte. Diejenigen, die die GLU gewählt haben, taten dies aus der Überzeugung, es hier mit einer Partei zu tun zu haben, die in klarer Absage an die bisherigen Parteien ihre Politik entwickelt, die konsequent gegen Atomkraftwerke, gegen die Entwicklung zum Atomstaat und für eine fortschrittliche Entwicklung in unserem Lande eintritt – kurzum, bei der unsere Interessen im Landtag besser vertreten sind als bei allen anderen Parteien. Die Verpflichtung gegenüber dieser Basis- und Bürgerinitiativbewegung sehen wir bei der GLU nicht immer berücksichtigt.

Ist die GLU schon vorbei an der Bürgerinitiativbewegung gegründet worden, tut sie sich jetzt in Hessen wieder negativ hervor, indem sie vorbei an den bestehenden Basislisten eine Grüne Liste gründete. Andererseits hört man von geheimnisvollen Gesprächen zwischen einem Herrn Gruhl – noch in der CDU (nicht mehr) – und dem Vorsitzenden der GLU, Karl Beddermann, wo diesem schon Posten in einer angestrebten bundesweiten grünen Partei angeboten werden. Ähnliche Überlegungen gehen auch in die Richtung von Herrn Fredersdorf und seiner möglichen Steuerpartei. Diese Praktiken stehen in krassem Widerspruch zu jedem basisdemokratischen Prinzip. Es ist eine Verhöhnung einer jeden Anti-AKW-Bürgerinitiative, einerseits die GLU zu unterstützen, andererseits einen Mann wie Gruhl vor die Nase gesetzt zu bekommen, der zwar gegen Atomkraftwerke ist, gegen Atombomben aber nie war, geschweige daß man von ihm je hörte, daß er sich gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern wandte.

Das Schielen der GLU nach bekannten Parteigrößen und die angestrebte Ämtervergabe für diese Herren ist ein klarer Widerspruch dazu, hier tatsächlich Ausdruck der Basis und Bürgerinitiativbewegung zu sein. Einher mit diesem Kurs geht eine in der BI-Bewegung völlig unbekannte Abschottung gegenüber linken Kräften. Die dadurch erhoffte Hoffähigkeit in den bundesrepublikanischen Medien wiederspricht allen Erfahrungen – denn gerade in der Anti-AKW-Bewegung mußten wir immer wieder feststellen, daß jeder Protest in die linke Ecke gedrängt wird.

Wir fordern die GLU deshalb auf, endlich basisdemokratische Prinzipien walten zu lassen, die Nähe der Bürgerinitiativen zu suchen und jede Abgrenzung gegenüber linken und fortschrittlichen Kräften fallen zu lassen."



HOESCH : BETRIEBSRATSFÜRSTEN TRICKSEN SICH SELBST AUS

DORTMUND
12. Juli

Im Hoesch-Union-Werk hatte es bei den Betriebsratswahlen in diesem Jahr eine Überraschung gegeben. Eine Liste der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)", die gegen die alteingesessenen Betriebsratsfürsten kandidierte, hatte 30% der Stimmen bekommen. Die RGO konnte allerdings nur zwei Sitze besetzen, weil sie nicht mehr Kandidaten hatte. Die restlichen 20 Sitze fielen der IG-Metall-Liste zu.
Dennoch wollten die alten Betriebsräte die Schlappe nicht auf sich sitzen lassen. Sie lösten den gerade gewählten Betriebsrat kurzerhand auf und setzten Neuwahlen an. Diesmal wollten sie erst gar keine „RGO"-Liste zustandekommen lassen. Wer eine solche Liste unterschreibt, so wurde gedroht, der werde aus der Gewerkschaft ausgeschlossen – und müsse vielleicht sogar mit seiner Entlassung rechnen.

Die „RGO"-Liste kam trotzdem auch für die zweite Wahl zustande, sogar mit fünf statt nur zwei Kandidaten. Und die Opposition bekam bei der zweiten Wahl 15%, das bedeutete: Drei Sitze im Betriebsrat. Für die vom alten Betriebsrat blieben 19 Sitze übrig.

aus: Sozialistische Arbeiterzeitung

EIN NACHTRAG ZU EINEM ANTRAG

STETTEN
20. Juli

Die Jugendvertretung der Firma Bosch in Feuerbach hat Anfang Juni einen Antrag an den Betriebsrat gestellt, der unter dem Titel „Frauen in gewerbliche Berufe" im ID 236 abgedruckt wurde, jedoch ohne den Schluß. Im Antrag, der vom Betriebsrat abgelehnt wurde, ging's um die Forderung, in Zukunft mindestens 20 Prozent der Ausbildungsplätze für Mädchen zur Verfügung zu stellen.
Hier der weggelassene Schluß:

„Soweit die Ablehnung durch den BER. Dazu von Seiten der Jugendvertretung noch einige Anmerkungen. Die Ablehnung unseres Antrags durch den Betriebsausschuß widerspricht dem Betriebsverfassungsgesetz. Und natürlich haben wir nicht gefordert, daß die Plätze der Mädchen leerbleiben sollen, wenn sich nicht genügend Bewerberinnen finden. Wir wollen im Herbst dieses Jahres diesen Antrag nochmal Stellen (ohne die 20 %) und erbitten zu diesem Thema Stellungnahmen von Frauengruppen und Gewerkschaftlern aus anderen Betrieben.

Kontakt über ID – Stichwort Betrieb.

Projekt offene Werkstatt e.V.:

LEBENSZUSAMMENHANG ODER LEBEN IN TEILBEREICHEN

ESSEN *Von der Projektgruppe:*
17. Juli

Eine grundlegende Erfahrung, die man/frau heute machen, ist die, daß alle Lebensbereiche - arbeiten, wohnen, leben, Freizeit — in stark von einander getrennten Bereichen stattfindet. Mangelnde Erfüllung in den jeweiligen Arbeitszusammenhängen (Arbeit, Schule, Universität) neben der oft erlebten persönlichen Isolierung sind weitere negative Erfahrungen.

Ca. 40 Leute versuchen, diesen Erfahrungen entgegenzuarbeiten, indem sie — auch als neuen Schritt in ihrer individuellen politischen Entwicklung — den Versuch machen, über die Organisierung gemeinsamer Arbeit, zu alternativen Lebens- und Arbeitsformen zu gelangen. Wir wollen nicht nur solidarisch miteinander arbeiten, sondern auch unsere persönlichen, emotionalen Bedürfnisse in die Arbeit einbringen.

Die Vorgeschichte der Werkstatt:
Im Verlauf des Jahres '77 fanden sich Leute zusammen, die jene Probleme angingen, in dem sie individuell oder zusammen Kontakte mit existierenden Gruppen und Initiativen aufnahmen, Erfahrungen der anderen sammelten — z.B. nach Tvind (alternative Volkshochschule in Dänemark) fuhren, eine Broschüre über die alternativen Projekte in Essen herausgaben, eine Lebensmittel-Kooperative gründeten und vieles mehr. Diese Aktivitäten mündeten im Januar 78 in die Anmietung der Werkstatt in Essen — Steelehorst.

Die Werkstatt
2 Etagen einer alten Fabrik, direkt an der Ruhr. (4300 Essen-Steele-Horst, Antonienallee/ In der Lake), ca. 680 qm — Mietpreis ca. 860 DM. Die verschiedenen Arbeitsbereiche sind: Töpfereien, Textilbereich, Foto-Druckbereich, Schreinerei und Tagungs- und Seminartrakt (mit Küche, Bad und 2 Schlafräumen). Die Werkstatt ist im Moment als eingeschriebener Verein organisiert. Die Mitglieder tragen die Werkstatt mit DM 10,- monatlich. Innerhalb der Werkstatt hat die Lebensmittel-Kooperative einen Raum.

Der Beginn der Arbeit:
Ende Januar wurde ein großes Frühstück für etwa 50 Leute organisiert. Zu Vorstellung des Projekts und zur ersten Besichtigung. Aufgabe war es, zuerst in dem Chaos und dem ersten Schock über den Zustand der Räumlichkeiten eine Renovierung in Gang zu bringen. Dieses wurde mit viel Organisiererei, Arbeit, Austragen von Konflikten, Diskussionen und viel Spaß bis heute durchgehalten (Juli 78). Die Werkstatt ist nun zu 3/4 fertig. Es ist nun unsere Aufgabe, die einzelnen Bereiche und deren inhaltliche Ausfüllung zusammen voranzutreiben.

Der Seminartrakt ist so gut wie fertig. Gruppen und Initiativen können ab sofort ihre Wochen- und Wochenendseminare, ihre Arbeit und ihren Spaß bei uns organisieren. Etwa 20 Teilnehmer können im Augenblick übernachten. Die Durchführung des Aufenthalts bei uns kann in Selbstorganisation getätigt werden (Kochen, Saubermachen, Gestaltung der Seminare). Die Werkstätten können nach Fertigstellung mitbenutzt werden.
Wir selbst werden Seminare, Diskussionen, Kurse und kulturelle Veranstaltungen zu alternativen Projekten und Themen organisieren und Euch einladen.

**Kontaktadresse Seminare: T. Greifeld, Sybelstr. 65
43 Essen 1, Tel.: 0201/730173**

ERSTE (ZIVILRECHTLICHE) KLAGE GEGEN HAMBURGER STROMZAHLUNGS-BOYKOTTEURE !

HAMBURG
17. Juli

Zum ersten Mal seit Beginn der Aktion „Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld" am 1. Oktober 1977 fordern die HEW von Atomkraftwerksgegnern, die ihr verweigerten 10%-Beträge an Stromzahlungen auf dem Gerichtsweg zurück.

Am 12. Juli 1978 ging die erste Klage bei einem Stromzahlungsboykotteur ein. Anfang August soll vor dem Amtsgericht Hamburg geklärt werden, ob der von ihnen verweigerte Betrag von 342 DM nebst Zinsen und Mehrwertsteuer an die HEW gezahlt werden muß. Der Prozeß wird der erste einer langen Kette sein, der von einer äußerst ungeklärten Rechtsgrundlage ausgeht. Dieses Verfahren wird von politischen Faktoren bestimmt. das im Mietstreik Parallelen hat. Durch Mietminderung erreichten die Mieter eine Veränderung des Rechts, das ihnen heute zugesteht, auch Einfluß auf den Zustand und die Qualität ihrer Wohnung zu nehmen. Wir, die Stromabnehmer sind auch Käufer einer Ware und wollen (aktiv) entscheiden, über das was wir kaufen und auch bezahlen, vor allem weil wir den Strom nicht bei einem Konkurrenten kaufen können. der keinen Atomstrom liefert. Wenn Großabnehmer billige Tarife erstreiten können, indem sie einen Teil des Betrages auf ein Treuhandkonto überweisen, warum sollte diese Methode nicht auch für die Masse der Stromabnehmer gestattet sein, zumal sie nicht aus Profitgründen, sondern aus Gewissensgründen handeln.

Die Hoffnung der HEW durch eine solche Aktion die Boykotteure abzuschrecken, wird sich als unbegründet erweisen, da sie im schlimmsten Fall dadurch nur e i n e n Restbetrag von 10% erhält und sie noch mindestens weitere 354 Prozesse wagen müßte. Weitere Informationen über:
Wolfgang Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, Tel.: 040/ 777957.

WEDER WEHRPFLICHT NOCH ZIVILDIENST

KÖLN
4. Juli

Dieter Schöffmann wurde 1975 die Anerkennung als KDVler verweigert. Weitere Bemühungen um Anerkennung gab er dann auf, weil: (Zitate aus seiner Begründung) "Der Zivildienst legitimiert die Wehrpflicht. Die im Gesetz verankerte Pflicht für jeden anerkannten Kriegsdienstverweigerer, einen Ersatzdienst (in der Regel den Zivildienst) für den verweigerten Kriegsdienst zu leisten, ist aus der Existenz der Wehrpflicht abgeleitet. Im § 3 Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes heißt es dazu: 'Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst oder im Falle des § 25 durch den Zivildienst erfüllt.'
... Meine Kriegsdienstverweigerung ist ein absolutes Nein gegenüber jedem Militär und allem, was damit zusammenhängt, also auch gegenüber dem Zivildienst; denn sein Akzeptieren bedeutet auch ein Akzeptieren der Wehrpflicht. Ein staatlicher Zwangsdienst kann kein Friedensdienst sein."

Nachdem Dieter Schöffmann im Februar und Mai 78 jeweils eine Ankündigung der Einberufung zur Bundeswehr als Ersatz für Ausfälle erhalten hatte, wurde ihm am 26.6.78 eine Einberufung zum 16.8.78 zur Ausbildungskompanie 9/1 in 3100 Celle-Scheuen, Freiherr-von Fritsch-Kaserne, zugestellt. Diese Einberufung und alle beigefügten Papiere hat er postwendend zerrissen an das Kreiswehrersatzamt Köln zurückgeschickt, da er nicht die Absicht hat, dieser Einberufung Folge zu leisten.

Die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste hat ein Buch herausgegeben: „Dokumente zum Widerstand gegen die Wehrpflicht", es kostet DM 6.- und ist zu beziehen über

Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste, c/o D. Schöffmann, Zülpicher Str. 234, 5000 Köln 41

HÖRT BERLINER POLIZEI VERKEHRS-TEILNEHMER AB ?

BERLIN 30. Juni „Am Freitag, 30. Juni, dem bundesweiten Aktionstag gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, sollte vom Platz des „Alternativen Festivals" an der Jaffè-Straße in Westberlin ein Prozessionszug nach Charlottenburg gehen. Deswegen hatten sich etwa hundert Umweltschützer gegen halb vier Uhr auf dem Festgelände versammelt. Diese Prozession war polizeilich angemeldet und genehmigt.

Da der Zug nach einer halben Stunde immer noch nicht losging, fuhr ich um vier Uhr mit meinem Fahrrad nach Hause. Dabei mußte ich an dem unverhältnismäßig großen Polizeiaufgebot auf der anderen Straßenseite vorbei. Ich merkte, wie aus einem VW-Bus der Polizei eine Kamera mit langem Objektiv



auf mich gerichtet wurde. Ich regte mich darüber auf und muß meinem Unmut im Selbstgespräch Luft gemacht haben, wahrscheinlich folgendermaßen: „Scheiße, jetzt fotografieren mich die Bullen auch noch!". Es war niemand in der Nähe, zu dem ich das hätte sagen können. Der Verkehr auf der Jaffe-Straße rollte lärmend wie immer am Freitagnachmittag.

Kurz vor der Stelle, an der Rüdiger Ammon am 4. Juni von einem Autofahrer getötet wurde – für uns eine Stelle der Angst – fuhr ich mit meinem Fahrrad auf den Bürgersteig. Vor der Eissporthalle reihte ich mich dann wieder in den Straßenverkehr ein. Das erwähne ich deswegen, weil das wohl dann ein Reizverstärker für die Polizei war für das nun kommende.

Auf der Eichkampstraße vor den Tribünen holte mich dann ein Motorrad-Polizist ein, hielt mich an und forderte, ohne Angabe des Grundes, meine Papiere. Ich dachte, daß er mich wegen Fahrens auf dem Bürgersteig verwarnen wollte. Aber im Laufe des Wortwechsels erfuhr ich dann, daß ich eine Anzeige wegen Beamtenbeleidigung erhalten werde.

Ich war baff, denn ich hatte dieses Selbstgespräch natürlich zunächst nicht mehr im Gedächtnis. Ich sagte dem Polizisten, daß er mir das erst beweisen müsse, wohl wissend, wieviel eine Aussage eines Polizisten gegenüber einem Bürger gilt. Darauf er: „Ich habe es als erster gehört!" Auf meine Frage, wie er sowas von der anderen Straßenseite bei dem Lärm überhaupt hatte hören können, meinte er, daß der Lärm für ihn keine Schwierigkeiten bedeute.

Ich frage: Wie kommt es, daß Bürger, die vom Umweltfestival kommen – oder sogar hingehen (?) – , von der Polizei fotografiert werden ?

Werden wir Bürger dazu auch noch mit Richtmikrofonen belauscht ?

Wieweit sind wir hier in Deutschland-West schon? Darf man noch alles denken? Mit was muß man rechnen, wenn man die dumme Eigenschaft hat, hin und wieder Selbstgespräche zu führen, auch wenn niemand in der Nähe ist? Gibt es Lauscher schon beim Denken ? "

Kontakt: „Alternatives Festival", über: Trägerkreis Umdenken – Umschwenken, c/o Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk e.V., Kurfürstenstr. 14, 030 / 261 24 87, 1000 Berlin 30.

WESTBERLINER UNTERSTÜTZER DES RUSSELL-TRIBUNALS PLANEN ZEITSCHRIFT

BERLIN 15. JULI Das Plenum der Westberliner Gruppen, die das III. Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD unterstützen, bereitet die Herausgabe einer überregionalen Zeitschrift der Unterstützerbewegung für das Russell-Tribunal vor. Eine Nullnummer mit einem ausführlichen editorial zur Funktion des Infos soll im August an alle Unterstützergruppen verschickt und so zur Diskussion gestellt werden. Inhalt sowie ansprechende Aufmachung und vertretbarer Preis sollen das Info auch zum Verkauf außerhalb der Unterstützergruppen (d. h. auf Aktionen, Veranstaltungen und Büchertischen) geeignet machen.

Warum ein neues ‚Info' im ohnehin dichten Dickicht des Russell-Blätterwalds?

Seit ihrem Bestehen sieht sich die Unterstützerbewegung für das Russell-Tribunal Problemen gegenüber, die keine der bisherigen Aktionseinheiten linker Gruppen gegen staatliche Repressionsmaßnahmen kannte.

1. Die Jury des Russell-Tribunals – deren Arbeit gemeinsamer Ausgangspunkt aller Unterstützergruppen und -organisationen ist – stützt sich auf ‚offizielle Gremien', die ihr eine unvoreingenommene Untersuchung staatlicher Maßnahmen auf der Basis der verbrieften Menschenrechte ermöglichen sollen. Der deutsche Beirat des Tribunals (Narr, Wesel, Gollwitzer, Drewitz) und das Sekretariat sind ebenso wie die Jury unabhängige Einrichtungen. Die Unterstützergruppen haben andere Aufgaben und Ziele: sie arbeiten am jeweiligen Ort mit dem Material, das der Jury vorgelegt wird und mit den Feststellungen des Tribunals, die von der ersten Sitzungsperiode im März (Berufsverbote) bereits vorliegen. Sie versuchen, die öffentliche Wirkung des Tribunals politisch zu nutzen in Veranstaltungen, Mobilisierungen (auch gegen einzelne Fälle) und Aufklärungsarbeit. Ihre Vorstellungen von den Schwerpunkten ihrer Arbeit weichen in vielen Fragen (Haftbedingungen, Gewerkschaftsausschlüsse) von denen der ‚offiziellen Gremien' des Tribunals ab. Die Unterstützerbewegung kann und muß teilweise andere politische Akzente setzen als das Tribunal.

2. Das Russelll-Tribunal wurde nicht nur von allen Organisationen links der DKP aufgegriffen, sondern auch – neben vielen örtlichen Komitees – von den großen Jugendorganisationen (Jusos, Falken, Pfadfinder, Judos) sowie von einzelnen SPD-

Mitgliedern und liberalen Persönlichkeiten. Die Breite der Unterstützung wirft auch Probleme auf. Innerhalb der Unterstützerbewegung wurden seit Beginn der Diskussion um das Tribunal scharfe Kontroversen vor allem um die Schwerpunktthemen der Unterstützungsarbeit ausgetragen. ABer auch das Selbstverständnis der Unterstützerbewegung ist umstritten: gilt es eine allgemeine Antirepressionsbewegung der Linken aufzubauen oder gilt es, zu den SChwerpunktthemen des Tribunals (Berufsverbote, Zensur, Verfassungsschutzpraktiken, Einschränkung von REchten in Strafverfahren und in der Haft) immer wieder die Jugendorganisationen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und auch die DKP-dominierten Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote zur Mitarbeit aufzufordern? Heute bestehen als Ergebnis dieser Differenzen in vielen Städten zwei oder mehrere Komitees, die das Russell-Tribunal unterstützen. Auf ARbeitstagungen (wie zuletzt am 24. - 25. Juni in Frankfurt) ist ebenfalls nicht das gesamte Spektrum der Unterstützerbewegung.

Das Info soll enthalten:

- für alle Gruppen wichtige Materialien und Arbeitsergebnisse zu den Themen der 2. Sitzungsperiode;
- Beiträge zur politischen Bilanz der 1. Sitzungsperiode und der Arbeit der Unterstützungsbewegung sowie zum Selbstverständnis der Bewegung;
- Berichte und Ideen zur Arbeit der örtlichen Gruppen.

Die Nullnummer erscheint anfang August und soll neben einem ausführlichen Editorial u.a. enthalten:

- Beiträge zur bisherigen Wirkung des Tribunals und zu den Perspektiven der Unterstützerarbeit
- Thesen zur 2. Sitzungsperiode;
- eine Darstellung des Falls des Westberliner Agit-Druckkollektivs durch Sebastian Cobler;
- Auszüge aus einem Diskussionspapier der Frankfurter Russell-Projektgruppe und einen Bericht von Alexander Schubart über die Frankfurter Arbeitskonferenz der Russell-Unterstützungsgruppen;
- Arbeitsberichte von örtlichen GRuppen.

Mit der Nullnummer soll zugleich die Konzeption des Infos in der Unterstützerbewegung zur Diskussion gestellt werden. Im Herbst wird möglicherweise eine erste Redaktionskonferenz stattfinden, an der alle Unterstützergruppen teilnehmen können.

Das Info ist offen für alle politischen Strömungen in der Unterstützerbewegung. An der Redaktion nehmen bisher teil: Aktionskomitee gegen Berufsverbote (FU), Juso-Landesverband Berlin, Juso-Hochschulgruppe TU, Sozialistisches Gruppe Internationale Marxisten, Sozialistische Gruppe (Rheinische Zeitung). Die Redaktion ist an einstimmige Entscheidungen gebunden. Das Plenum der Unterstützergruppen kann gegen Redaktionsentscheidungen stimmen oder der Redaktion das Mißtrauen aussprechen. (Der KB ist im Unterstützerplenum, das sich nach der Spaltung des Westberliner Unterstützungskomitees im Herbst 1977 gebildet hatte, nicht vertreten, da er die Arbeitsgrundlage (,Berliner Erklärung' vom Juni 1977) nicht teilt; ein Aufnahmeantrag des KB wurde daher vor einigen Wochen abgelehnt.) Diese Regelung muß nach der Diskussion der Nullnummer in den verschiedenen Gruppen bilanziert werden.

Bestellt die Nullnummer, diskutiert ihr Konzept in den Unterstützergruppen und arbeitet mit!

Peter Bartelheimer

Adressen: Russell-Info, c/o DH – Aktionskomitee gegen Berufsverbote (FU), Altensteinstr. 59, 1000 Berlin 33; oder: Russell-Info, c/o Juso-Hochschulgruppe TU (R 2138), Straße des 17. Juni 135, 1000 Berlin 12

DOKUMENTATION ÜBER KARL–HEINZ KUKE

HAMBURG
18. Juli

Der laut Behörde „für den Schuldienst nicht geeignete" Lehrer Karl-Heinz Kuke, über dessen Fall Ausführliches im ID 237 steht, schickte dem ID eine Dokumentation zu seinem Fall, die von dem Hamburger Referendarvorstand zusammengestellt und herausgegeben wurde. Drin steht eine Stellungnahme von ihm, ein Behördenschriftsatz, Abdrucke von Flugblättern, die Anstoß erregten, Zeitungsberichte u.a. von der Hamburger Lehrerzeitung, einem Blatt der GEW.

Die Dokumentation ist für eine Mark fünfzig zu bestellen bei: Karl-Heinz Kuke, Grindelhof 9, 2000 Hamburg 13 (Tel.: 040 / 410 11 44).

Zu den Vorwürfen gegen Kuke gehört auch eine Aktion, die seinerzeit den Unmut des Hamburger Seminarleiters Hoff erregte. Hoff bekam damals von geneigten, jedoch unbekannten Studenten den „Schweinspokal" in Form eines rosigen Schweinekopfes auf dem Tablett gereicht. Dieses Ereignis lichtete die Referendar-Zeitung ab und veröffentlichte das Foto, nachdem es schon in der Hamburger Lehrerzeitung erschienen war. Allerdings war darauf von Hoff nichts mehr zu erkennen, denn er war dem Rotstift bzw. der schwarzen Farbe der Zensur zum Opfer gefallen. Dennoch fühlte sich Hoff von beiden Blättern in seiner Persönlichkeit verletzt und forderte ein „Schmerzensgeld" von insgesamt 15.000 Mark (siehe ID 188/189 vom 30. Juli 1977).

BEAMTE SIND IMMER IM DIENST – VOR ALLEM WENN ES STUDIERENDE POLIZISTEN SIND

FRANKFURT
19. JULI

Studenten der Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich Sozialarbeit, schreiben:

Vor einiger Zeit stand im ID, daß an der Fachhochschule Frankfurt drei Polizisten studieren, die alle noch im Dienst sind: Einer im Fachbereich Sozialpädagogik im 4. Semester und zwei im Fachbereich Sozialarbeit im 2. und 3. Semester (der Drittsemestler war im gerade ablaufenden Semester beurlaubt). Gegen die Polizisten am Fachbereich Sozialarbeit haben Studenten protestiert, es gab Diskussionen darüber, warum keine Polizisten an Hoch- und Fachschulen studieren sollen und auch Aktionen wie: die Polizisten wurden ,höflich hinaus komplimentiert', oder die Türen wurden bewacht, so daß sie gar nicht erst reinkonnten.

Der Konflikt um die studierenden Polizisten ist nicht zuletzt durch die Proteste der Studenten in die höheren Politikebenen geglitten. Der CDUler Arnulf Borsche hat eine kleine Anfrage im Landtag gestellt, darauf schaltete sich Innenminister Gries ein und was von uns Studenten befürchtet wurde, trat ein: Als oberster Dienstherr hat Gries den Polizisten aufgefordert zu berichten, was ihm am Fachbereich so alles widerfahren ist. Damit hat sich bewahrheitet, daß im Dienstverhältnis stehende Polizeibeamte jederzeit zur Berichterstattung aufgefordert werden können, ja verpflichtet werden können, alles zu melden – ein Beamter ist immer im Dienst.

Für uns Studenten ist das ein großes Problem, denn auf eine rechtliche Änderung könne wir nicht hoffen, auch würde eine Änderung zur Unvereinbarkeit von Studium und Beruf uns selbst schaden. Wenn Euch bekannt ist, daß an anderen Hoch- und Fachschulen ebenfalls Polizisten ,studieren', dann laßt davon hören.

Kontakt: Fachhochschule Frankfurt, Studentenvertretung am Fachbereich Sozialarbeit, Limescorso, 6000 Frankfurt

DR. HEROLD UND DIE WAHRHEIT ÜBER DAS LAUSCHEN

Antrag im Dorff/Tauras-Prozeß

FRANKFURT 19. JULI *Die Ausführungen des Dr. Herold vor dem Innenausschuß des Bundestages über die „Beobachtende Fahndung", der ja auch Anwälte bei Besuchen im Gefängnis unterzogen werden, veranlaßte Rechtsanwalt Weidenhammer vor zwei Wochen vor der Staatsschutzkammer feststellen zu lassen, ob seine Besuche in der JVA Preungesheim bei Dorff und Tauras überwacht würden – BKA-Herold per Fernschreiber: nein, niemals, von keiner Dienststelle, zu keinem Zeitpunkt. Doch eine Veröffentlichung im letzten Stern ließ starke Zweifel an der Behauptung Herolds aufkommen. Ein erneuter Beweisantrag Weidenhammers:*

Es wird beantragt, den Journalisten Peter Koch, zu laden über den Verlag Gruner & Jahr AG & Co., 'Stern'redaktion, Warburgstr. 50, 2 Hamburg 36, als Zeugen zu vernehmen.

Der Zeuge wird bekunden,

1. daß durch das Bundeskriminalamt, dem Präsident Dr. Herold vorsteht, sämtliche Besucher, einschließlich Verteidiger inhaftierter Personen, die der RAF zugerechnet werden, beobachtet werden,
2. daß ihm ein Schriftstück der Abteilung TE des Bundeskriminalamtes vom 9. Mai 1977 vorliegt, das den Stempel 'VS – vertraulich' trägt, in dem u. a. Einzelheiten hinsichtlich des Überwachungsverfahren angeordnet sind,
3. daß nach dieser schriftlichen Anordnung die Polizei die Tatsache für sich zu nutzen hat, daß in den Justizvollzugsanstalten Feststellungen über die vorbezeichneten Inhaftierten, ihre Kontakte sowie ihre Besucher und Verteidiger mit großer Zuverlässigkeit möglich sind,
4. daß danach Angaben zu den Ausweispapieren der Kontaktpersonen nebst Echtheitsprüfung, Ablichtung oder Reproduktion der Seiten mit den Angaben zur Person und dem Lichtbild dringend empfohlen werden,
5. daß ferner die Schriftprobe eines jeden BEsuchers mit Hilfe eines von ihm auszufüllenden Besucheranmeldescheins herzustellen ist,
6. daß die Wohnsitze aller Kontaktpersonen einschließlich deren Telephonnummern festzustellen, wie auch die zur Anfahrt benutzten Kraftfahrzeuge zu beobachten sind,
7. daß die Personalien der Begleitpersonen festzustellen und Gesprächsinhalte nach der Belauschung zusammengefaßt zu berichten sind.

Der Zeuge wird schließlich bekunden,

8. daß es hierzu u. a. in der ihm vorliegenden Anordnung des Bundeskriminalamtes vom 9. Mai 1977 wörtlich heißt:

'Die Gesprächsinhalte müssen sämtliche Namen und Objekte, Informationen, die eine Codierung bedeuten sowie sonstige Auffälligkeiten enthalten . . .
Über jeden Besuch – auch über den von Verteidigern – ist eine Meldung nach Vordruck B zu erstatten und sofort nach dem Besuch der Zentralstelle zu übersenden . . .
Die aus der Häftlingsüberwachung gewonnenen Erkenntnisse werden den sogenannten Dateien bei der Zentralstelle und im PIOS-System gespeichert . . . '

Die Aussagen des Zeugen werden ergeben, daß der Präsident des Bundeskriminalamtes, Dr. Herold, seine Erklärung gegenüber dem Gericht vom 3. Juli 1978, Verteidigergespräche seien nicht überwacht worden und würden nicht überwacht, wider besseres Wissen abgegeben hat.

Kontakt: RA Weidenhammer , Meisengasse 11, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 28 77 59

PRESSEMITTEILUNG VON RECHTSANWALT MÜLLERHOFF

BERLIN *(Auszüge)*
14. Juli 1. In Sachen Meyer-Befreiung vom 27.5.1978 ist der Haftbefehl des Ermittlungsrichters beim Kammergericht vom 2.6.1978 gegen den unterzeichnenden Rechtsanwalt durch Beschluß des vierten Strafsenats vom 11.7. aufgehoben worden. Der Senat hat eindeutig ausgeführt, daß „weitere Aufklärungen zum Tatgeschehen nicht zu erwarten sind", sowie daß „nach Würdigung (aller) Beweisergebnisse die Verurteilung des Beschuldigten (Unterzeichners) mit Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten ist".

Gleichwohl dürfte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht erfahrungsgemäß die Ermittlungen in den nächsten Jahren nicht einstellen. Der Unterzeichner hat sich daher in einem persönlichen Schreiben an den Senator für Justiz gewandt und um ordnende Maßnahmen zur Dienstaufsicht gebeten. Insbesondere soll es dabei um die Möglichkeiten einer Versetzung des bei Verteidigern in politischen Strafverfahren allgemein als „Scharfmacher" bekannten Oberstaatsanwaltes Herrn Przytarski gehen. Dieser Herr hatte bereits zu einem Zeitpunkt, als seine Zuständigkeit noch gar nicht begründet war (am 27.5.78), den Unterzeichner in einem quasi privaten Gespräch der Teilnahme an der Befreiung beschuldigt, indem er erklärte, als er von der Befreiung Meyers gehört habe, habe er sofort auf den Unterzeichner als anwesenden Verteidiger geschlossen. Im nachfolgenden Ermittlungsverfahren hat sich dieser Herr in Permanenz durch Verstöße gegen die Vorschrift des § 160 Abs. 2 StPO ausgezeichnet, die ihm auferlegt, auch den Beschuldigten entlastende Umstände zu ermitteln. Dies gilt insbesondere in dem Umstande der auf einen Mandanten unseres Büros ausgestellten Vollmacht, die die Täterinnen offenbar am Tatort verloren haben sollen. Denn die Bekanntschaft dieses Gefangenen mit Herrn Meyer sowie dessen Briefkontakt mit einer politischen Buchhandlung, was beides aktenkundig ist, wurde „übersehen" oder dem Ermittlungsrichter bei Erlaß des Haftbefehls nicht vorgelegt. Darüberhinaus hat dieser ermittelnde Oberstaatsanwalt im Haftprüfungstermin vom 13.6.1978 allein den angeblichen Widerspruch zur Aussage eines Tatzeugen (Justizbeamte Mausolf) hervorgehoben, und zwar als Aktenbestandteil, die sich gar nicht in den Ermittlungsakten befand! Demgegenüber wurden entlastende Aussagen anderer Tatzeugen (Justizbeamter Herrmann, Rechtsanwalt Becker), die die Einlassungen des Unterzeichners bestätigten, nicht vorgehalten. Es steht zu vermuten, daß der ermittelnde Oberstaatsanwalt den Haftfortdauerbeschluß unter allen Umständen als Sprungbrett für seine weitere Karriere benutzen wollte. Dem dürfte nunmehr – zum Glück – ein Ende gesetzt sein.

Es bleibt zu hoffen, daß sich der Justizapparat derartiger Gegner eines demokratischen Rechtsstaates zu bereinigen weiß.
Rechtsanwalt Müllerhoff.

TERMINE IM PROZESS SCHWALL/ALBARTUS

DÜSSELDORF 20. Juli Verhandlungstermine im 129a-Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht:
Montag, 31.7., Dienstag, 1.8., Freitag, 4.8., Montag, 7.8., Donnerstag, 10.8., Montag, 14.8., Mittwoch, 16.8., Freitag, 18.8., Montag, 21.8., Freitag, 25.8., Montag, 28.8., Dienstag, 29.8., und Mittwoch, 30.8..
Am 31.7. geht's auch um die Trennscheiben, die jetzt selbst in den Zellen im Gerichtsgebäude installiert wurden, in die die Angeklagten während der Verhandlungspausen gesperrt werden. Kommt haufenweise !

Kontakt: Prozeßbüro, Konkordiastr. 81, 4 Düsseldorf-Bilk, Tel.: 0211 / 3965.

MARBURGER PROZESSTAGE

MARBURG
5. JULI

In den letzten Tagen standen in Marburg drei politische Prozesse ins Haus und ein vierter folgt am 19./21. Juli.

Fall Nr. 1: Wie im ID 233 bereits angekündigt, ging's um Meineid, um die Frage der ‚höheren Glaubwürdigkeit' eines FAZ-Journalisten gegenüber einem Studenten. Bei einer internen Streiksitzung im November 1975 war ein ‚Spitzel' aus einer internen Sitzung gedrängt worden, der sich später als FAZ-Reumann entpuppte. Da ihm beim Herausdrängeln seine Unterlagen abhanden gekommen waren, wurde Almut als zwar nicht direkt Tatbeteiligte aber als ‚geistige Urheberin' der Tat in erster Instanz zu 9 Monaten mit Bewährung verurteilt (in der 2. Instanz gab's später eine Geldstrafe). In dieser ersten Instanz (Oktober 77) ging's u. a. um das ‚Mitschreiben' vom FAZ-Reumann. Da sich hier der Zeuge Klaus-Peter und Reumann widersprachen, kam es zum Meineidsprozeß. Der Prozeß am 23. Juni war ein Erfolg: Das Verfahren wurde eingestellt, das Gericht stellte fest, daß die Anklage auf ‚vorsätzlichen Meineid (§ 159)' unbegründet war. In der Einstellungsverfügung für das Verfahren geht das Gericht davon aus, daß eine Rekonstruktion der damaligen Ereignisse nicht mehr möglich sei. Sämtliche Zeugenaussagen, selbst die sich widersprechenden, wurden als ‚glaubwürdig' gewertet. Ein Haken war aber doch an der ganzen Sache: Fahrlässigkeit blieb bei Klaus-Peter bestehen. Im Urteil der ersten Almut-Instanz tauchte nämlich unerklärlicherweise ein Satz auf, den nur der Richter gehört hatte, also weder andere Zeugen noch der ‚sprachliche Urheber' KLaus-Peter. Auf diesen Satz sollte nun Klaus-Peter festgenagelt werden. Bei ‚geringer Schuld' des Angeklagten und ‚geringem öffentlichen Interesse' wurde das Verfahren bei Zahlung von 500 DM an die Lebenshilfe eingestellt.

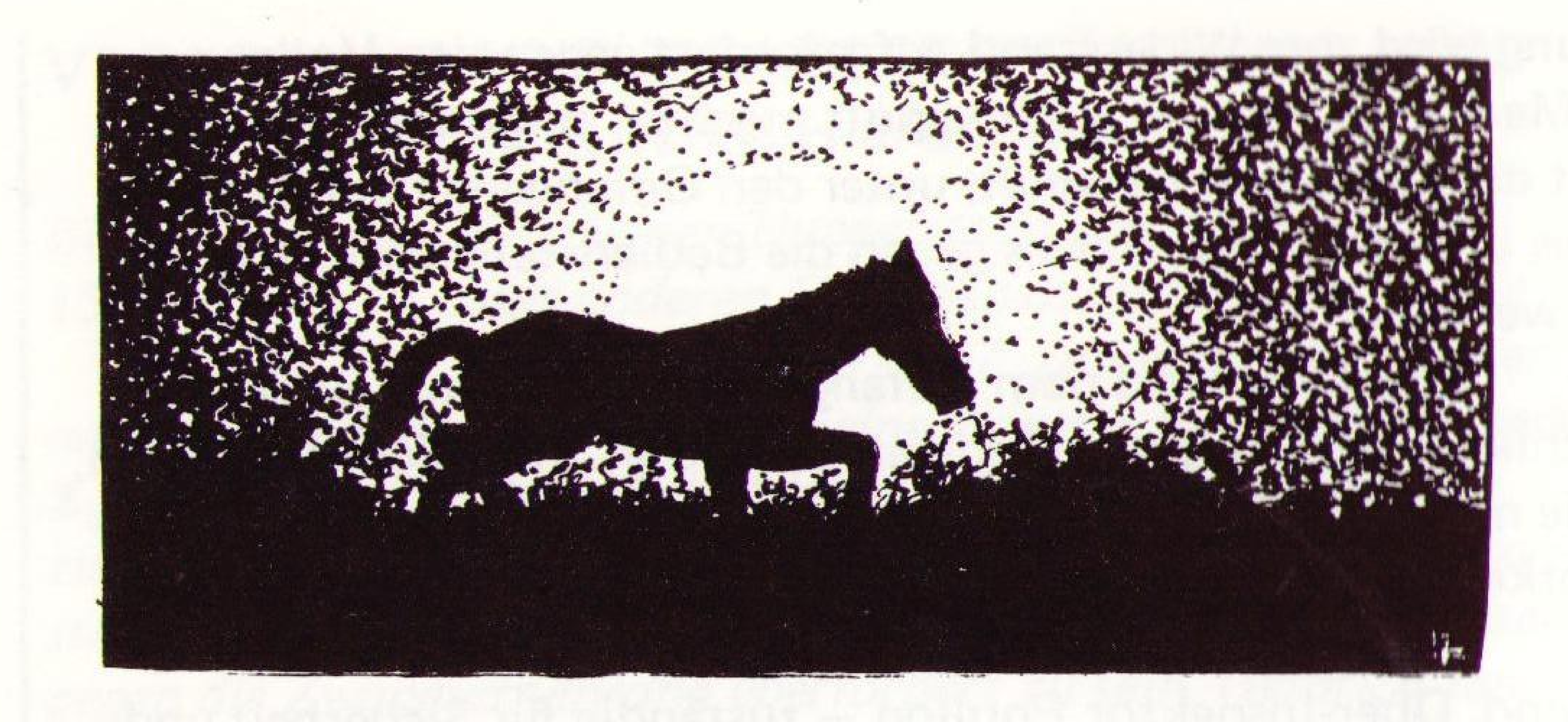
Ein ebenfalls laufendes Verfahren in der gleichen Sache gegen einen weiteren Studenten wird wohl ebenfalls eingestellt werden.

Fall Nr. 2: Schleyeriade und Stammheim in der BRD im Oktober 77. Susanne stand in Marburg als ‚Sandwich' (je ein auf Pappe gezogenes Plakat auf dem Rücken und vor dem Bauch) auf der Straße und verkaufte Zeitungen. Der Inhalt des Plakats war denn auch gleich Stein des Anstoßes und Anlaß umfangreicher Ermittlungen. Ein schlafender Gefangener wird erschossen und Ministerpräsident Filbinger schiebt unter der Zellentür einen Revolver durch. Die Überschrift: „Ob so oder so, das sind KZ-Methoden, Weg mit dem Kontaktsperregesetz." Da damals die diversen Todesurteile des Militärrichter Filbinger noch nicht so publik waren, gab's im Oktober 77 nur eine Deutung: Die Illustration bezog sich auf die Vorfälle in Stammheim. Dieses Plakat wurde bundesweit beschlagnahmt (u. a. Hausdurchsuchung in der KBW-Zentrale in Frankfurt). Susanne wurde das Plakat weggenommen. Anderthalb Wochen später (1. 11. 77) wurde sowohl die Wohnung von Susanne als auch die von Burkhard durchsucht. Wegen Beleidigung (§ 102StPO) kam's nun zum Prozeß. Mit den Anträgen, Filbinger und Irmgard Möller als Zeugen für Beleidigung, Kontaktsperre und die dubiosen Vorgänge der Stammheimer Nacht zu laden, wurde das Gericht relativ leicht fertig (Ablehnung). Auch die CDU-Mitgliedschaft des Richter Herberer in diesem Prozeß, wo es um die Ehre des CDU-Politikers Filbinger geht, wurde als Befangenheitsgrund nicht anerkannt. Juristischer Verquickungswirrwarr brachte schließlich den Prozeß doch noch zum Platzen. Herberer ist nämlich auch noch Mitglied des Kreistages Marburg und des Haupt- und Finanzausschusses. In dieser Funktion hatte er zusammen mit anderen Kreistags‚tätern' vor einiger Zeit dem angeklagten Burkhard die Zulassung als Schulzahnarzt entzogen. Mit der Tatsache konfrontiert, daß der Gegenstand dieses Verfahrens selbst für die Absetzung herhalten mußte, konfrontiert mit verschiedenen Resolutionen der Bediensteten und Studenten der Zahnklinik, stolperte das Gericht in den Rückzug. Der Termin für die Neuauflage dieses Filbinger-Beleidigungsprozesses gegen Susanne und Burkhard steht noch nicht fest.

Fall 3: Wilfried (arbeitslos, früher Student) unterstützte die bundesweite Kampagne des KBW gegen den § 218. Um die Verbindung von Justiz/Gerichten und dem § 218 aufzuzeigen, besprühte er in der Nacht vom 13. auf den 14. Juni 1977 die Wand des Gerichtsgebäudes in Marburg mit der Parole „Weg mit dem § 218". Als er zu seinem in der Nähe geparkten Wagen zurückging, wurde er von zwei Kriminalbeamten festgenommen und durchsucht. Der Wagen und eine zufällig des Weges kommende Studentin, die gerade in der nahegelegenen Post einen Brief eingeworfen hatte, wurden in die Untersuchung einbezogen. Nach intensiver Durchsuchung auch der privaten Notizen, die Barbara in der Handtasche aufbewahrte und einer erkennungsdienstlichen Behandlung auf der Polizeistation. Da die Staatsanwaltschaft sich wohl nicht vorstellen konnte, daß Wilfried allein gesprüht hatte und man darum ‚Kompliz(inn)en' suchte, fiehl die Wahl auf Barbara. Am 23. November kam es zum Prozeß wegen Sachbeschädigung. Barbara wurde freigesprochen. Bei Wilfried forderte der Staatsanwalt 4 Monate ohne (!) Bewährung (die Persönlichkeitsstruktur erfordere dies). Der Richter konnte sich aber nur zu 600 DM Geldstrafe entschließen. In der Berufungsverhandlung vom 2./3. Juli 78 hatte der Staatsanwalt dann ‚Erfolg' auf der ganzen Linie. Der Richter verhängte je drei Monate Haft (auf 3 Jahre Bewährung) wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung, außerdem noch je 250 DM Geldstrafe und für Wilfried 10 Tage Arbeit in einer sozialen Einrichtung.

Fall 4: Am 4. 11. 76 demonstrierten 5 Gegner des § 218 vor der Schwangerschaftsberatungsstelle gegen diesen Paragraphen. Da bei ähnlichen Aktionen die Demonstranten die Beratungsstellen gestürmt hatten und sich der Akten bemächtigt hatten, saßen im Innern des Gebäudes 10 – 12 Beamte und warteten . . . Mit den Akten hat das nämlich so einen Haken. Die Beratung für schwangere FRauen kann zwar anonym erfolgen, oft werden die Frauen aber nicht darauf hingewiesen und sehen nichts böses darin, ihre Personalien anzugeben. Die persönlichen Daten werden an den Regierungspräsidenten bzw. an die entsprechende Stelle weitergegeben. Dort ist es dann möglich, festzustellen, welche der FRauen trotz Ablehnung des Schwangerschaftsabbruchs denn nun kein Kind zur Welt gebracht hat. Aus diesem Grunde wurde für die Beratungsstellen der Name „Polizeispitzelstelle" geprägt. Die Demonstranten vor der Marburger Beratungsstelle bauten aber nur Transparente auf, verteilten Flugblätter und kennzeichneten das Gebäude mit roter Farbe als ‚Polizeispitzelstelle'. Als abzusehen war, daß die Demonstranten ruhig auf der STraße bleiben würden, schritten die Polizeibeamten zur Tat. Das Ergebnis: 5 festgenommene zum Teil verletzte Demonstranten, einige rotbekleckerte Beamten und eine erstaunliche Ansammlung von Marburger Bürgern vor der Beratungsstelle. Einer dieser Bürger hatte von der gegenüberliegenden Straßenseite den brutalen Einsatz der Polizei (ärztliche Atteste liegen vor) photografiert. Die Staatsanwaltschaft schaltete deshalb auf ‚langsam'. Die bis jetzt noch nicht den Staatsbehörden vorgelegten Photografien schienen den ‚gewohnten' Gang zu durchkreuzen. Also nicht: Verurteilung für die Fünf wegen Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt und Freispruch für die prügelnden Beamten. Vier Verhandlungstermine wurden denn auch prompt verschoben, am 19. / 21. Juli soll der Prozeß nun über die Bühne gehen.

Marburg, Universitätsstraße, Amtsgericht. Großer Schwurgerichtssaal, 8.30 Uhr, Kontaktadresse: Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg, 06421 / 24 787



FRAGEN UND ANTWORTEN

HAMBURG 17. Juli *Auf die Beschlagnahme des Buches „texte: der RAF" hat der Besteller vom Generalbundesanwalt folgenden (leicht gekürzten) Brief erhalten:*

„... Auf der Rechtsgrundlage der als Anlage beigefügten Beschlüsse des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 16.1.1978 (II BGs 26/78), vom 1.2.1978 (II BGs 128/78), vom 14.4.1978 (II BGs 416/78) und vom 16.5.1978 (II BGs 505/78) sind vom Absender: BO Cavefors Bokförlag, S – 22104 – Lund – Sweden – P.O. Box 1047 an Sie 1 Exemplar des Buches: „texte: der RAF" gemäß § 1 des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 von der Post in Hamburg angehalten und nach § 2 dieses Gesetzes vom Hauptzollamt in Hamburg-Kehrwieder am 5.5. 1978 geöffnet worden.

Dieses für Sie bestimmte Exemplar des Buches: „texte: der RAF" ist dann von der zuständigen Polizei zur Sicherung der Einziehung gemäß §§ 111c Abs. 1 und 111f Abs. 1 StPO beschlagnahmt worden.

Da Sie in dem oben bezeichneten Ermittlungsverfahren (gegen Rechtsanwalt Arndt Müller wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a) nach § 431 StPO als Einziehungsbeteiligter in Betracht kommen können, und Sie gegebenenfalls bei rechtskräftiger Einziehungsentscheidung als Empfangsberechtigter des beschlagnahmten Exemplars des Buches: „texte: der RAF" aus der Staatskasse entschädigt werden müssen, bitte ich Sie um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1) Haben Sie, gegebenenfalls wann, das an Sie abgesandte Exemplar bestellt, gekauft und bezahlt, und können Sie dies belegen?
2) Zu welchem Zweck haben Sie das Buch bestellt oder gekauft?

Für eine Beantwortung dieser Fragen bis zum 15. Juli 1978 wäre ich Ihnen dankbar.

Nach Fristablauf gehe ich davon aus, daß Sie von Ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen und daß Sie im übrigen nicht empfangsberechtigt sind oder gegebenenfalls auf eine Entschädigung verzichten wollen. ..."

Der Generalbundesanwalt erhielt folgende Antwort:

„Sehr geehrte Herren!

Zu den in Ihrem Schreiben an mich gerichteten Fragen nehme ich hiermit Stellung wie folgt:

Ad 1) Das an mich abgesandte Exemplar des Buches: „texte der RAF" habe ich beim Verlag Bo Cavefors bestellt und am 9.5. 78 per Postscheck bezahlt.

Ad 2) Die Bestellung des o.g. Buches erfolgte zu dem Zwekke, es zu l e s e n .

Ad 3) „Zwerg Nase zittert schier / Beim Rascheln von Papier . .."

GEFANGENE ALS LUSTOBJEKT

WIEN 17. Juli *Vom Internationalen roten Unterstützungs-Kollektiv (INTER-RUK) erhielten wir folgenden Bericht:*

„Dieser Vorfall ereignete sich im Wiener Landesgericht I für Strafsachen, Landesgerichtsstraße 11, A-1082 Wien.

Am 16.5.1978 wurde die deutsche „Terroristin" Waltraud Boock mit sechs anderen weiblichen Gefangenen zum Hofgang in den sogenannten Spazierhof geführt. Zur Sonderbewachung stellte man neben der weiblichen Aufseherin einen männlichen Beamten ab. Während die Frauen ihre Runden zogen, öffnete der Bulle seinen Hosenladen und ließ seinen Schwanz raushängen. Durch die Mithäftlinge aufmerksam gemacht, sprach Waltraud die Beamtin Fas an, sie möge diesen Zustand beenden. Diese zeigte aber keinerlei Reaktion. Waltraud forderte daraufhin den perversen Staatsknecht Luef auf, er möge seinen Hosenlatz wieder schließen. Dieser grinste sie nur frech an und fragte: „Warum, stört Sie das? "

Waltraud richtete eine Beschwerde an die Staatsanwaltschaft Wien, doch erfolgte von dort noch keine Stellungnahme. Ebenso die INTERUK Sektion Österreich intervenierte bei Justizminister Dr. Broda und dem Leiter der Gefangenenhausdirektion, Dr. Henkel. Das Justizministerium hielt es bis heute nicht für nötig, zu diesem Vorfall Stellung zu nehmen. Lediglich der Leiter des Gefangenenhauses teilte kurz in einem Schreiben mit „daß die zuständigen Behörden mit Eingaben der Insassin Waltraud Boock befaßt sind, in welchen Darstellungen eines Vorfalles enthalten sind, der sich nach Angaben der Insassin etwa so abgespielt haben soll, wie Sie (INTERRUK, Anm.) es in Ihrem Brief angeben." Die Sektion Österreich forderte auch die Einleitung eines Verfahrens gegen den Beamten Luef, sowie seine sofortige Suspendierung. Zu beiden Forderungen wurde kein Bezug genommen.

Über die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit werden wir weiter berichten. Wir fordern alle Genossen auf, unsere Protestaktion zu unterstützen. Wir wollen und können es nicht zulassen, daß inhaftierte Genossen als Lustobjekte pervertierter Staats-Lakaien herhalten müssen. Kontaktadressen weiter unten. Für die Anschaffung eines Vervielfältigungsgerätes würden wir dringend Spenden benötigen. Jeder Pfennig hilft uns im Kampf gegen Repression."

INTER-RUK Sektion Österreich: Inge Zimmermann, Leneisgasse 7, A-1140 Wien; INTER-RUK Sektion BRD: Doris Bock, Mohlstraße 48, D-7400 Tübingen, Kontonummern: 247-106-917/00, Österreichische Länderbank AG; 57 90 05 Kreissparkasse Tübingen.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 704 352
Verantwortlicher Redakteur: F. Kern

NOTHILFE-MITARBEITER IM HUNGER- UND DURSTSTREIK

FRANKFURT 18. Juli *Der Anwalt von Gerd-Paul Schulz, Horst Korte übersandte uns folgende Presseerklärung:*

Gerd-Paul Schulz und Tofe Shaker befinden sich seit dem 10.7.1978 im Durst- und Hungerstreik in der Justizvollzugsanstalt Butzbach. Sie fordern entweder vollständige Integration in den Regelvollzug und Gleichbehandlung mit den anderen Gefangenen oder Zusammenlegung zu einer interaktionsfähigen Gruppe.

Nachdem die Anstaltsleitung die Fortdauer der persönlichkeitszerstörenden Isolationshaft bei meinem Mandanten angeordnet hat und die Gefangenen Schulz und Shaker sich seit nunmehr 2 Wochen im Durst- und Hungerstreik befinden und damit in unmittelbarer Lebensgefahr, sehe ich mich veranlaßt, die Öffentlichkeit über die alarmierende Situation und die Hintergründe des Durst- und Hungerstreiks zu informieren.

Gerd-Paul Schulz wurde im Oktober 1977 aus der JVA Werl (NRW) in die JVA Butzbach gebracht. Für ihn stellt die Verlegung nach Hessen eine besondere Härte dar, weil er nun von seinen bisherigen – und nicht austauschbaren – sozialen Kontakten, wie z.B. den Besuchen von Eltern und Geschwistern, Verwandten, Freunden und Bekannten räumlich so weit entfernt ist, daß er befürchten muß, daß diese sozialen Kontakte aufgrund der Verlegung verloren gehen.

Seit Januar 1978 wird jeder Besuch bei dem Gefangenen Schulz entweder von vornherein verboten oder unter Hinzuziehung des LKA unmöglich gemacht. Gleichzeitig werden z.T. seit langem bestehende Briefkontakt behindert. Die Briefe des Gefangenen, in denen er seine Situation schildert, werden von der Beförderung ausgeschlossen, weil sie angeblich „grob unrichtige oder erheblich entstellende Darstellungen von Anstaltsverhältnissen" zum Inhalt haben. Solche Maßnahmen greifen nicht nur in elementarer Weise in die Rechte meines Mandanten ein; sie spricht auch der vielbeschworenen Meinungs- und Informationsfreiheit Hohn, indem sie diese mit zynischen Begründungen auf das Maß des der Anstaltsleitung Angenehmen und ihr Wohlgesonnenen reduziert. Es entsteht der Eindruck, daß Gerd-Paul Schulz durch diese Maßnahmen in seiner Persönlichkeit mit Gewalt gebrochen werden soll.

Zum jetzigen Hunger- und Durststreik kam es nach einer Reihe von Vorfällen, von denen hier nur einige aufgeführt werden können:

– Am 23.3.1978 erscheint erstmals die freie und garantiert unzensierte Gefangenenzeitung NOT-HILFE. Herausgeber der NH sind die Gefangenen Gerd-Paul Schulz, Norbert Frühauf, Frank Krauße und Tofe Shaker.

– Am 28.3. wird im Rahmen einer sogenannten Zellenkontrolle ein als Verteidigerpost kenntlich gemachter DIN A4-Umschlag des Gefangenen Schulz geöffnet.

– Am 29.3. bringt Schulz den Vorfall bei der Staatsanwaltschaft Gießen zur Anzeige; außerdem erhebt er beim Anstaltsleiter Dienstaufsichtsbeschwerde.

– Am 30.3. kommt es erneut zu einer Zellenkontrolle. Zu diesem Zweck wird mein Mandant für 4 1/2 Stunden in eine Arrestzelle gesperrt, wo er sich vollständig entkleiden und , „bücken" muß. Nachdem er seinen Haftraum wieder betreten hat, findet er diesen in einem chaotischen Zustand vor: die Zelle ist leergeräumt, Bilder und Poster von den Wänden gerissen; private Gegenstände wie Schreibmaschine, Prozeßunterlagen, Bücher, Korrespondenzen, Tabak und natürlich auch die Strafanzeige sind verschwunden. Ein Beamter erklärt dem Gefangenen, daß er mit sofortiger Wirkung in „strenger Einzelhaft" sei.

– 31.3.: Anstaltsleiter Winchenbach bestätigt die Isolationshaft. Schriftliche Begründung: „... der Gefangene Schulz ist mit zwei anderen Gefangenen Mitarbeiter der garantiert unzensierten und freien Gefangenenzeitung NOT-HILFE. In dieser Zeitung wird zum Widerstand aufgefordert gegen den Vollzug „Macht kaputt, was euch kaputt macht". Insgesamt gesehen ist die Zeitschrift geeignet, unter den Gefangenen ein Gefühl des ohnmächtigen Hasses gegen die Bediensteten der JVA zu erwecken..".

– Am 11.5. wird dem Gefangenen Schulz ein Teil der beschlagnahmten Gegenstände ausgehändigt. Wichtige Unterlagen, die mein Mandant für sein Beschwerderecht und seinen Schriftverkehr dringend benötigen, bleiben nach wie vor konfisziert.

– 17.5.: Schulz beantragt den Besuch für Frau Franziska Gend. Ober-Inspektor Foullon – zuständig für Sicherheit und Ordnung der JVA – leitet diesen, wie alle anderen von Schulz gestellten Besuchsanträge an das LKA weiter. Der beantragte Besuchstermin für den Monat Juni platzt, weil die „Erkenntnisse des LKA" bis dato ausstehen.

– Am 27.5. berichtet der ID: „Drei Redakteure der Not-Hilfe in Isolationshaft". In einem offenen Brief an Frau Jutta Fries nimmt Gerd-Paul Schulz zu der Pressemeldung Stellung und schildert seine Situation. Der Brief wird nach § 31 Abs. 1 Nr. 3 StVollzG von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

– Am 2.6., nachdem sich die Gefangenen Frühauf und Krauße verbal von der NOT-HILFE distanzierten, stellt Herr Foullon auch meinen Mandanten vor die Wahl: Entweder Distanzierung von der NH oder Fortdauer der Isolationshaft. Schulz verweigert ein solches Zugeständnis mit dem Hinweis, daß er sich nicht erpressen noch korrumpieren lasse.

– Am 23.6. läßt Foullon ihn nochmals vorführen und fragt ihn, ob er es sich „inzwischen überlegt hat". Schulz beharrt auf seinem Standpunkt und begründet das damit, daß niemand ihn dazu zwingen könne, seine Mitgefangenen zu denunzieren, indem er seine Arbeit bei der NH verleumdet. Daraufhin macht Foullon seine Drohung wahr und ordnet bei meinem Mandanten die Fortdauer der strengen Einzelhaft an.

– Es sei hier auch erwähnt, daß mein Mandant (unabhängig davon, daß er und sein Haftraum täglich durchsucht werden) sich bei jeder Vorführung zum Arzt oder Anstaltsleiter mit erhobenen Händen und gespreizten Beinen an eine Wand stellen und von Bediensteten abtasten lassen muß. Sobald er diese schikanöse Prozedur verweigert, wird er nicht zum Arzt vorgelassen.

Die geschilderten Vorfälle machen deutlich, daß an dem Gefangenen Gerd-Paul Schulz eine Haftvollzugsreform praktiziert wird, die auf eine Vernichtung der menschlichen und politischen Identität hinauszulaufen droht. Gerd-Paul Schulz und Tofe Shaker sehen in ihrem Hunger- und Durststreik das letzte ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um sich hiergegen zur Wehr zu setzen und eine Überlebenschanche zu erkämpfen.

Aus dem Situationsbericht der „Gefangenenzeitung NOT-HILFE", zitieren wir folgende Erklärung der Gefangenen:

Widerstand gebrochen, was identisch ist mit Gesundheit.
Widerstand brechen heißt in der Konsequenz: töten.
Sie mögen uns vernichten, wie sie alles zerstören, aber besiegen werden sie uns nie!
(Ulrike Meinhof)

Noch sind wir nicht gebrochen – geschweige denn besiegt. Allerdings sehen wir im Durst- und Hungerstreik das letzte uns noch legale zur Verfügung stehende Mittel, um uns eine Überlebenschance zu erkämpfen. Wir wiederholen daher unsere Forderungen:

– Nach Integration in den Normallvollzug resp. Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppe.
– Die strikte Einhaltung unseres Rechts auf Besuch.
– Unzensierter Zugang zu allen freien Publikationen.
– Die Teilnahme an schulischen Aufbaukursen sowie sportlichen Veranstaltungen.
– Optimale Meinungs- und Diskussionsfreiheit für den Schriftverkehr.

Gerd-Paul Schulz, Kleeberger Str. 85 JVA, 6308 Butzbach.

VERLEGUNG UND ZWANGSERNÄHRUNG VON HEINRICH JANSEN

BERLIN
15. Juli

Um seinen Hungerstreik um Gleichstellung mit anderen Gefangenen zu brechen, wurde Heinrich Jansen am 7. Juli von der JVA Werl nach der JVA Bochum verlegt. Seine Adresse lautet: **Krümmede 3, 4630 Bochum.** *Der Anstaltsleiter der JVA Werl teilte ihm zur Begründung für die Verlegung mit, der Arzt der Vollzugsanstalt sei der Ansicht, durch die Gegenwehr von Heinrich Jansen gegen die Zwangsernährung überfordert zu sein. Heinrich Jansen wird jetzt in der Dusche der JVA Bochum zwangsernährt. Er schreibt dazu:*

„Daß wir überleben wollen und darum kämpfen, es zu können, ist nach Aussage der Justizministerin von NRW „eine maßlose Forderung". Eine deutlichere Antwort konnten die Menschen, die bei ihr (der Justizministerin) gegen unsere Haftbedingungen protestierten, nicht bekommen.
Alle Menschen, die bereit sind, uns im Kampf um unsere elementarsten Menschenrecht zu unterstützen, müssen wissen, daß wir um nichts anderes als um unser L e b e n kämpfen! Wir können diesen Hungerstreik nicht ohne Erfolg beenden, und das nicht aus „Trotz" oder der Unfähigkeit, eine „Niederlage" einzustecken, sondern weil wir in körperlicher und geistiger Gesundheit überleben wollen. Mehr nicht! Den Hungerstreik ohne Erfolg zu beenden, d.h. ohne eine Änderung der Haftbedingungen, würde heißen, daß wir innerhalb absehbarer Zeit durch genau diese Haftbedingungen, zumindest als geistig gesunde Menschen, ausgelöscht würden.

Nach siebeneinhalb Jahren Haft ist bei mir nun ein Punkt erreicht, an dem ich sagen muß: jetzt oder nie. Entweder werden jetzt die Haftbedingungen so verändert, daß sie ein Überleben ermöglichen, oder ich werde bei dem Kampf um mein Leben sterben.

Setzen Sie alle Ihre Möglichkeiten ein, um dieses zu verhindern."

Heinrich Jansen wünscht solche Haftbedingungen, wie sie für ihn über Jahre im Haus III der JVA Berlin Tegel bestanden. Er wurde dort mit allen Rechten und Pflichten wie jeder andere Gefangene behandelt.

PROTEST GEGEN TRENNSCHEIBE BEI STEFAN WISNIEWSKI

Frankfurt
13. Juli

Stefan Wisniewski befindet sich z.Zt. in Untersuchungshaft in der JVA Frankenthal. Die Angehörigen von Stefan Wisniewski, Rita und Gisela Wisniewski, stellten am 5.7. den Antrag, daß sie Stefan in einem Raum und ohne Trennscheibe besuchen können.

Begründung des Antrags durch die Angehörigen:
Bei den letzten Besuchen von meiner Mutter Gisela Wisniewski und mir bei dem Untersuchungsgefangenen Stefan Wisniewski wurden wir mit einer verschärften Sicherheitsmaßnahme konfrontiert, einer dicken Trennscheibe zwischen uns und dem Gefangenen, die jede menschliche Kommunikation unmöglich machte. Für mich selbst war es ein psychischer Schock, meinen Bruder unter diesen Umständen sehen zu müssen. Nicht nur er, sondern auch ich fühlte mich wie in einem Käfig eingesperrt ohne Beachtung der Menschenwürde.
Auch Gespräche mit meiner Mutter ergaben, daß diese psychische Belastung nicht länger tragbar ist. Nicht nur die gefühlsmäßige Nähe, die wir nach langer Trennung wieder aufbauen wollen und möchten, sondern sogar die rein sprachliche Verständigung wird dadurch unterbunden. Abgesehen von der Einstufung als potentieller Krimineller, die in dieser Maßnahme deutlich zu werden scheint, entbehrt sie auch jeder Begründung, da die Durchsuchungen selbst das Abtasten mit Händen und Metallsonde bei Besuchern und die vollständige Entkleidung des Gefangenen vor und nach dem Besuch einschließen.
Deshalb fordern wir Achtung vor der Menschenwürde und Menschlichkeit gerade im Strafvollzug, und das heißt für uns hier: Aufhebung der Trennscheibe!

Rita Wisniewski, Gisela Wisniewski
Kontakt: Stefan Wisniewski, JVA Frankenthal, 6710 Frankenthal

HAFTBEDINGUNGEN VON STEFAN WISNIEWSKI

FRANKFURT
18. Juli

Stefan Wisniewski sitzt zur Zeit in der JVA Frankenthal in Untersuchungshaft. Sein Rechtsanwalt, Helmut Funke, schreibt:

Als Verteidiger von Stefan Wisniewski gebe ich eine Zusammenfassung der Umstände seiner Verhaftung und den bisherigen Ablauf der Haft.
Wisniewski wurde am 11.5.1978 gegen 13.30 Uhr auf dem Pariser Flughafen Orly an der Paßkontrolle verhaftet. Er hatte ein Flugticket nach Zagreb bei sich. Nach seiner Darstellung waren von Anfang an BKA-Beamte an der Festnahme beteiligt.

Bei der Festnahme erlitt Wisniewski eine stark blutende Platzwunde am linken Handgelenk, die anschließend ohne örtliche Betäubung genäht wurde. Er wurde bis gegen 21 Uhr nackt auf einem Stuhl, an den er gefesselt war, festgehalten; es wurden fortlaufend Verhörversuche unternommen und unter Gewaltanwendung Lichtbilder von ihm gemacht. Ein Rechtsanwalt wurde ihm permanent und ohne Begründung verweigert, obwohl er immer wieder danach verlangte und auch einen Asylantrag stellen wollte.

Gegen 21 Uhr wurde Stefan Wisniewski in einer deutschen Sondermaschine in die Bundesrepublik abgeschoben, ohne daß ihm Gelegenheit gegeben worden war, seine Rechte in Frankreich wahrnehmen zu können. Am 12.5.1978 wurde Wisniewski der Haftbefehl eröffnet; danach wird ihm im wesentlichen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB zur Last gelegt. Er soll Mitglied der sogenannten „Haag-Mayer-Bande" sein; der Haftbefehl enthält insoweit aber keine nachprüfbaren Beweise.

Nachdem Wisniewski mehrfach mit Rechtsanwälten seiner Wahl sprechen wollte, die Gespräche aber immer dann unterbrochen wurden, wenn er inhaltlich werden wollte, versetzte Wisniewski dem Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof Kuhn, einen Schlag an den Kopf. Dies sowie einige Äußerungen brachten ihm insgesamt zwei Wochen Ordnungsstrafe ein. Außerdem ist deswegen inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstands, Beleidigung und Körperverletzung eingeleitet worden.

Wisniewski schildert seine Haftbedingungen seit dem 12.5. folgendermaßen: „Drei Tage Sonderbehandlung in badähnlicher Beruhigungszelle. Akustisch und sozial vollständig isoliert, kein Hofgang, Tag und Nacht mit Handschellen gefesselt, zuerst hinten, dann vorne. Kein Bett, keine Decke, kein Stuhl, nichts außer Badfließen. Ich selbst nur mit Turnhose und Unterhemd bekleidet, keine Schuhe. Durch zwei Spione Dauerkontrolle.
In der Zelle ein französisches Stehklo, das nur von außen zu bedienen ist; gespült wurde daher meist am nächsten Tag – daher schlechte Luft, das Milchglasfenster ständig geschlossen. Einzelhofgang gefesselt in separatem Hof, wo sich keine Zellen befinden, um so auch sporadische Kommunikation mit anderen Gefangenen zu verhindern. Einzelbad, Einzelessen, grundsätzlich keine Gemeinschaftsveranstaltungen zur sozialen Kommunikation. Anstaltsradio wird willkürlich abgestellt, z.B. mit-

ten in den Nachrichten; ist deshalb auch von Wichtigkeit, weil eine Uhr bisher nicht genehmigt ist und somit Zeitgefühl entzogen ist. Vor und nach jedem Besuch – auch des Verteidigers – muß ich mich nackt ausziehen, neue Klamotten anziehen und werde mit Metallsucher abgefummelt. Meine Zelle wird täglich durchsucht (meistens beim Hofgang) und, wie ich schon festgestellt habe, dabei auch die Verteidigerunterlagen gelesen bzw. fotokopiert. 26.5.78: ED-Behandlung geplant. Ich weigere mich. Daraufhin behaupten sie, sie hätten schon einen Beschluß für Zwangsnarkose, ich solle es lieber freiwillig machen. Ich mache nochmal klar, daß freiwillig nichts geht und daß sie die Zelle verlassen sollen. Darauf sagen sie was von einem Arzt und gehen. Nach entsprechenden Interventionen des RA am 14.6.78 keine Zwangsnarkose; normale ED-Behandlung unter Verwendung von Knebelfesseln. Seit dem 1.6. gibt es für RA und Familienbesuche die Trennscheiben. Die Trennscheibe ist zwischen zwei normale Zellen eingebaut. Daher menschlicher Kontakt wie durch ein Großbildröhre. Die Stimme wirkt entstellt, man sieht zunächst zweimal sein eigenes Spiegelbild und erst dann seinen Gegenüber. In den ehemaligen Zellen ist noch die normale Haussprechanlage eingebaut, so daß von außen jeder Verteidigergespräche abhören kann (so verstehe ich, daß sie bei Gesprächen mit meiner Schwester am 7.6. zum erstenmal nicht mitgeschrieben haben). Außerdem sind an den Türen Spione zur optischen Überwachung – die muß man immer zukleben.

Trotzdem muß ich mich vor und nach jedem Besuch weiterhin nackt ausziehen und die Kleider wechseln – das macht ihre Sicherheitsbegründung nochmals lächerlich.

Die Trennscheibe exekutiert menschlichen Kontakt im Zusammenhang mit der sonstigen Isolierung in technisch-wissenschaftlicher Vollendung. Sie paßt sich aber auch in das Konzept des BGH ein, Wahlverteidigung insgesamt zu eliminieren. Eine Prozeßverteidigung ist unter diesen Umständen nicht möglich, weil z.B. umfangreiches Aktenstudium nur über Scheibendrükken möglich ist. Dazu gehört: Rechtsanwältin Tilgener wurde als Wahlverteidigerin abgelehnt; sie habe Siegfried Haag verteidigt – tatsächlich wurde sie nach acht Tagen rückwirkend von seiner Verteidigung ausgeschlossen. Heinz Funke wurde abgelehnt; er verteidigte Verena Becker, deshalb Interessenkollision nach § 146 StPO, obwohl Verena Becker nicht wegen § 129a StGB verurteilt wurde."

Neuester Stand: Mit Beschluß vom 16.6.78 wird die Fesselung von Wisniewski beim Hofgang aufgehoben, das Anfertigen von Fotos und Filmaufnahmen beim Hofgang als eingestellt bezeichnet. Trotzdem werden am 27.6.78 beim Hofgang nach Beobachtung von Wisniewski Aufnahmen gemacht; die Fesselung wird trotz des gegenteiligen Beschlusses bis zum 28.6.78 beibehalten, angeblich war der anderslautende Beschluß der JVA Frankenthal nicht bekannt.

Eine offizielle Stellungnahme bzw. Erklärung für diese Mißachtung richterlicher Beschlüsse liegt trotz entsprechender Anfrage der Verteidigung bis zum 18.7. nicht vor.

INFORMATIONEN ZUM STÖRFALL IM AKW BRUNSBÜTTEL

HAMBURG 10. Juli *Der Arbeitskreis Ökologie hat ein ausführliches Flugblatt mit bisher nicht veröffentlichten Einzelheiten über den Atomunfall in Brunsbüttel herausgegeben. Hier sind einige Abschnitte aus diesem Flugblatt:*

„Drei Stunden lang strömte radioaktiver Dampf, insgesamt etwa 100 Tonnen, ins Maschinenhaus. Die 100 Tonnen Dampf enthielten eine etwa 1 bis 2%ige Beimischung stark radioaktiven Reaktorwassers in Form von Wassertröpfchen, d.h. von 100 t waren eins bis zwei Tonnen s t a r k radioaktiv, allein der Gehalt an radioaktivem Jod 131 betrug mindestens 170 mCi/t Wasser! Etwa die Hälfte des Dampfes kondensierte im Maschinenhaus, der Rest wurde ungefiltert über den Kamin abgegeben, bzw. trat durch die Überdruckklappen unkontrolliert aus. Nach unseren Berechnungen sind zwischen 70 und 150 m/Ci Jod-131 ins Freie gelangt. (Die **höchstzulässige Jahresmenge** an erhöhten Kurzzeitabgaben von Jod-131 beträgt **13 m/Ci**. Und selbst diese „zugelassenen" Höchstmengen sind bei weitem nicht ungefährlich.)
Außer dem Jod gelangten noch radioaktive Edelgase ins Freie. Nach Angaben der HEW (Hamburger Elektrizitäts-Werke) etwa 250 Curie (als erhöhte Kurzzeitabgabe sind maximal 80 Curie pro Stunde zulässig!). In unserem letzten Flugblatt haben wir von 4000 Curie Edelgasen berichtet, die nach unseren Informationen entwichen sein sollen. Wir glauben, daß die unterschiedlichen Werte dadurch zustande gekommen sind, daß die HEW nur solche Edelgase in ihre Rechnung einbezogen hat, die eine Halbwertzeit (die Zeit, in der die halbe Menge einer radioaktiven Substanz zerfallen ist) von mehr als einer Minute haben, während in unserer Zahl auch kurzlebigere Edelgase enthalten sind.

Neben dem Problem der Jodabgaben bedeutet jede Schnellabschaltung finanzielle Verluste für die HEW (jeder Tag Stillstand von Brunsbüttel: 500.000,- DM). Dazu kommt ein starker Verschleiß des Reaktors. So garantiert der Hersteller, daß der Reaktor 500 Schnellabschaltungen übersteht (in 40 Betriebsjahren). Nach unseren Informationen hat es aber in Brunsbüttel **seit 1976** über 120 Schnellabschaltungen gegeben. (Der größte Teil in der Test- und Inbetriebnahmephase) und eine etwa gleich große Zahl von Situationen, in denen die automatische Abschaltung, ähnlich wie am 18.6., außer Kraft gesetzt wurde.

Erst morgens um 4 Uhr wurde das Leck gefunden, erst da war klar, daß Radioaktivität freigeworden war (sagt die HEW). Doch auch dann wurden nicht sofort Messungen in der Umgebung des AKW gemacht, um die ausgetretene Aktivität abzuschätzen, sondern das geschah erst am Montagvormittag! Über zwölf Stunden nach dem Unfall!

Die HEW und das Sozialministerium in Kiel informierten die Öffentlichkeit nicht von dem Unfall. Desgleichen wurde die Bevölkerung in keiner Weise instruiert, wie sie sich zu den Folgen des Unfalls verhalten soll. Es wurde nicht einmal verhindert, daß zwei Schulklassen am Morgen nach dem Unfall (!) den Informationspavillon besichtigten, obwohl Art und Ausmaß der Verseuchung noch nicht ermittelt waren, aber davon auszugehen war, daß eine erhebliche Verseuchung stattgefunden hatte!

Informationen über den Unfall gab es nur, weil ein anonymer Anrufer dpa informiert hatte.

Aus all dem, was wir bisher über den Unfall im AKW Brunsbüttel vom 18.6. wissen, sind wir immer stärker zu dem Verdacht gekommen, daß von der HEW (und nicht nur von der Kraftwerksleitung in Brunsbüttel, sondern gerade auch von der Zentrale in Hamburg) alles versucht wurde und weiterhin wird, um den Unfall und seine Ausmaße zu verschleiern, selbst gegenüber dem sehr HEW-freundlichen Sozialministerium in Kiel.

1. Eine Abschaltung des Reaktors sollte auf jeden Fall vermieden werden, weil sie mit Sicherheit zu Nachfragen geführt hätte: deshalb weder Schnellabschaltung, noch langsames Herunterfahren des Reaktors.
2. Die m e ß b a r e n Angaben an radioaktiven Stoffen sollten möglichst niedrig gehalten werden: deshalb lieber Abgaben über die Dachklappen (ohne Meßgeräte). Außerdem wohl die Hoffnung: Wenn der Reaktor weiterläuft, fällt vielleicht niemandem das Öffnen der Klappen auf.
3. Die Manipulationen am Reaktor sollen nicht rekonstruiert

werden können: deshalb der Ausfall des automatischen Protokollschreibers drei Minuten nach dem Unfall.

4. Es sollte Zeit zur Verschleierung und Vertuschung gewonnen werden: deshalb die späte Information an das Sozialministerium, deshalb die Geheimhaltung vor der Öffentlichkeit, die nur durch den anonymen Anrufer durchbrochen wurde.
5. Es wird auch weiterhin geheimgehalten. Zwar erzählt die HEW inszwischen eine in sich einigermaßen schlüssige Version des Unfalls – auch alle darin enthaltenen Fakten waren uns schon v o r h e r unter der Hand zugetragen worden. (Es gibt zum Glück noch eine Reihe gewissenhafter Mitarbeiter bei den Betreibern von AKWs und in den Genehmigungsbehörden.) Über die HEW-Version hinaus haben wir weitere Einzelheiten erfahren, die die HEW auf Nachfragen auch bestätigen werden – sie denken aber überhaupt nicht daran, von sich aus den Hergang des Unfalls rückhaltlos in der Öffentlichkeit darzulegen.
6. Die HEW streben für die Zukunft an, eine Erhöhung der Grenzwerte für erhöhte Kurzzeitabgaben an Jod-131 genehmigt zu bekommen, weil ihnen klargeworden ist, daß sie Brunsbüttel so wie bisher nicht weiter betreiben können. Sie nehmen auch eine Stillegung bis Jahresende in Kauf, denn in einem Interview Ende letzter Woche hat Kraftwerksleiter Chudzienski die Hoffnung geäußert, den Reaktor möglicherweise noch in diesem Jahr wieder in Betrieb nehmen zu können; von einem Termin Ende September/Anfang Oktober, von dem drei Tage zuvor die Rede war, wurde nicht mehr gesprochen. Damit soll eine öffentliche Diskussion über die für dieses Jahr überschrittenen Grenzwerte vermieden werden.

- Veröffentlichung der Meßkontrolle, der Schichtprotokolle, der Rechnungen und Abschätzungen zu dem Unfall und der Daten der Umgebungsüberwachung !
- Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne !
- Endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel !
- Stillegung aller AKWs, keine Wiederaufbereitungsanlage !
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner !
- Rücknahme der Grohnde-Urteile !
- Freilassung von Karl Winter (?)
- Veröffentlichung der Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen der Arbeiter, die im Maschinenhaus waren. Veröffentlichung der Strahlenbelastung, der sie ausgesetzt waren. (Es gibt Gerüchte, die besagen, daß sie auf der Intensivstation liegen, bzw. in die Psychiatrie eingeliefert worden sind (Schock)).

Wir halten es für wichtig, die Informationen, die in diesem Flugblatt stehen, vielen Bürgerinitiativen und Einzelpersonen zugänglich zu machen, damit sie damit arbeiten können. Wir wissen aber selber noch keine Antwort auf die Frage, welche Aktionen von unserer Seite geeignet sind, die Betreiber zur Stilllegung der AKWs zu zwingen, denn freiwillig werden sie das niemals tun!

Das komplette Flugblatt ist erhältlich über:
Arbeitskreis Politische Ökologie, Lutterothstr. 33 (Laden), 2 Hamburg, Tel.: 040 / 40 27 82.



LIP 78 – ENDE EINER UTOPIE? (TEIL 1)

BESANCON/FRANKFURT
Ende Juni

Der einwöchige Aufenthalt einer Gruppe von Postlern und Studenten aus dem Raum Frankfurt in Besancon, die im Rahmen eines politischen Bildungsurlaubs auch mehrere Tage die Uhrenfabrik LIP besuchte, um sich vor Ort über die aktuelle Situation bei LIP zu informieren, mit den Kollegen zu diskutieren und Möglichkeiten einer kritischen Solidarität der deutschen Linken mit LIP zu problematisieren, ist der Anlaß dieses Artikels über den augenblicklichen Stand in der Uhrenfabrik.
Einem Bericht über die Entwicklung bei LIP seit der Annahme des Kooperative-Projekts Ende letzten Jahres (siehe auch ID 206 und 2o8) bis heute, schließen sich zwei Interviews an, in denen einer mehr "offiziellen" CFDT-Einschätzung eines Arbeiters zur aktuellen Situation und dem Projekt der Kooperative (die PS-orientierte Gewerkschaft CFDT stellt seit der 2. Konfliktphase 1976 bei LIP den bedeutendsten organisierten Faktor dar) die Haltung einer "oppositionellen" LIP-Arbeiterin gegenübergestellt wird. Da es im Betrieb keine organissierte Opposition gibt, spricht sie nur für sich. Abschließend sollen die Eindrücke und Empfindungen unserer Gruppe über den LIP-Besuch wiedergegeben werden, die den vorangegangenen Sachbericht illustrieren, um eine durch solche Berichte häufig auftretende Distanz für den Leser abzubauen.

Die Entscheidung der LIP-VV vom 8.11.77, das Projekt einer Arbeiter-Kooperative ins Leben zu rufen (seinerzeit mit 38o gegen 75 Stimmen angenommen), das man damals als einzig erfolgversprechendes Kampfmittel ansah, einen "Arbeitsplatz für alle" in Palente/Besancon zu schaffen, baute vor allem auf einen Wahlsieg der Linksparteien PC und PS bei den Parlamentswahlen im März 78. Die LIP–Arbeiter erhofften sich von einer siegreichen Linksunion die Aufhebung der von den herrschenden Rechtsparteien und den Unternehmern betriebene politische und ökonomische Blockade gegen die von den LIP-Arbeitern beabsichtigte industrielle Wiederankurbelung der Fabrik. Als am 19. März klar wird, daß das Rechtskartell seine Macht auch weiterhin behält, schwinden die Chancen einer institutionellen Lösung. Der Konkursverwalter, offensichtlich vom Präfekten (der von der Zentralmacht in Paris eingesetzt wird) unter Druck gesetzt, weigert sich weiterhin (und bis heute) der Stadt Besancon (hier hat die Linke die Mehrheit im Stadtrat) das Gelände und die Gebäude der Fabrik zu verkaufen, die es dann an die LIP-Gemeinschaft weitervermieten will, um den augenblicklichen illegalen Zustand zu beenden.

Die "offizielle" Haltung der LIP-Belegschaft, die nach den März-Wahlen in der Zeitung „LIP-Unite" (Nr. 12) und öffentlichen Erklärungen der Hauptaktiven geäußert wird, ist der Wille, das Projekt der Kooperative aufrechtzuerhalten und alle Mittel einzusetzen, es stärker zu machen. Der als notwendig erachteten Veränderungen in der Arbeitsorganisation fallen die meisten der bis dahin existierenden handwerklichen Kommissionen zu Opfer. Der Hauptakzent wird wieder auf die sieben Produktionskommissionen gelegt, die natürlich eine größere wirtschaftliche Rentabilität als die Kommissionen Chomageopoly (linkes Monopoly), Brandmalerei etc. aufweisen. Die Notwendigkeit, das Arbeitslosengeld über den Uhrenverkauf (seit dem 15. Februar sind das nur noch 38o FF monatlich) auf etwa 2.000 FF zu ergänzen, zwingt den Arbeitern diese aus den eigenen Reihen kritisierte Produktionsneuorganisation und das Einlassen auf kapitalistische Sachzwänge auf, die mit einem von der VV (nicht einstimmig!) befürworteten ganzen Apparat von "Interner Ordnung" gekoppelt ist. Die "neue innere Dynamik" (LIP-Unite) bringt auch eine Reduzierung der täglichen VV's auf nur noch

zwei Vollversammlungen in der Woche. Die Diskussion soll — laut LIP-Unite — jetz in den Abteilungen und Werkstätten stattfinden: "Die industriellen Kommissionen werden zum hauptsächlichen Ort der Reflexion. Die Orientierung des Kampfes, die Ziele des Plans, die Arbeitszeit, die Art und Weise dies zu realisieren werden dort diskutiert." (LIP-Unite)

Geteilte Hoffnung wird in den von einem normalen Unternehmensberatungsinstitut ausgearbeiteten industriellen Plan für die LIP-Kooperative gesetzt, der in diesen Tagen dem Industrieminister vorgelegt werden soll und der 200 Arbeitsplätze bis Ende 79, sowie weitere 22o bis 1982 bei LIP vorsieht. Die Zustimmung der Regierung würde nicht nur eine Entkrampfung der ökonomische Situation nach sich ziehen und man würde leichter die nötigen Bankkredite bekommen, sondern auch dem illegalen Zustand, in dem sich das bis jetzt nur juristisch existierende Projekt immer noch befindet, ein Ende machen. Symptomatisch für diesen Zustand ist die dauernde Bedrohung durch evtl. Polizeirazzien und Beschlagnahmung von Uhren, wie am 22. Juni, als in der Wohnung einer LIP-Arbeiterin in einer Bullen-Blitzaktion 7.000 Uhren beschlagnahmt wurden, was den Verlust eines ganzen Monatsgehaltes für die Belegschaft bedeutet.

Der Plan, der auf den drei Bereichen Uhrenbau, Mechanik und technologischer Export beruht, wird von den Oppositionellen im Betrieb in der momentanen ökonomischen Krisensituation, die von zunehmenden Entlassungen und Betriebsschließungen (siehe Boussac in den Vogesen) gekennzeichnet ist, als äußerst wirklichkeitsfremd, die Situation verkennend kritisiert. Über dem Bestreben der Hauptaktiven den Regierungsstellen einen glaubwürdigen Plan vorzulegen und den Beweis der Seriosität zu liefern, werden den Kritikern zufolge wichtige frühere politische Positionen geopfert. Andererseits ist wohl der Plan überhaupt die letzte Möglichkeit, die Fabrik weiter existieren zu lassen. Inwieweit Positionen aus den vergangenen Kämpfen aufgegeben werden, bleibt zu beobachten. All diese Fragen beherrschen Ende Juni in Palente die Diskussion. Die von Einzelnen ausgehende, zum Teil vernichtende Kritik aus den Reihen der LIP-Arbeiter über die "neuen Chefs", womit die CFDT-Kader gemeint sind, die Hauptaktiven bei LIP, wird von einigen als Randproblem behandelt. Dabei wird den Oppositionellen zum Vorwurf gemacht, sich nicht mehr aktiv eingebracht zu haben und aus dem allgemeinen Kampf ausgeschieden zu sein. Sie treten mit ihrer Kritik meist in linksradikalen Zeitungen an die Öffentlichkeit.

Einem Interview mit Christiane Andre, die neben Monique Piton und dem "Atelier de Pyrogravure" Werkstatt) zu den schärfsten "inneren Problemen" bei LIP zählt, stellen wir ein Gespräch mit Bernhard Girardoux gegenüber, Mitglied der CFDT, der PSU, im Stadtrat von Besancon und einer der zwölf LIP-Arbeiter im Überwachungsrat der Kooperative, dem zweithöchsten Gremium (hinter dem dreiköpfigen Direktorium) der Kooperative, in dem wir ihn auch zu dieser Opposition befragten. Während sich Christiane Andre z.Zt. im Streik befindet, ohne aber mit dem Leben bei LIP zu brechen (sie führt auch weiterhin andere Dienste wie Restaurant, Tag- und Nachtwache etc. aus) haben Jaqueline Buffet und Marcel Wirth aus der ehemaligen Brandmalerei-Kommission endgültig mit den "neuen Chefs" gebrochen, sind dabei die Fabrik zu verlassen und sich in Besancon ein kleines Brandmalerei-Atelier einzurichten.

INTERVIEW MIT CHRISTIANE ANDRE
aus der Ökologie-Zeitung 'La Geule Ouverte - Combat Non-Violant vom 7.6.78

Christiane: Ich kann euch nicht in drei Sätzen sagen, was für mich hier nicht mehr in Ordnung ist. Wenn ich präzise Forderungen hätte: weniger Arbeitsstunden, einen besseren Stuhl etc., so wäre das einfach. Aber es ist viel tiefergehend und komplizierter, ich muß die Dinge von Anfang an erzählen ... Wenn ich kämpfe, so mache ich das nicht allein für mich. Dann ist das dafür, daß sich in der ganzen Fabrik etwas ändert. Eine allgemeine Infragestellung ... oder ... wenn ich sage "eine grundlegende" dann ist das vielleicht ein bißchen zu anspruchsvoll?
Gestern hatte ich eine abendliche Diskussion, ja einen heftigen Streit mit der Frauengruppe von Besancon. Einige werfen mir vor, meinen Streik gerade in dem Moment auszulösen, wo es eine Hoffnung gibt, man einen Ausweg hat, wo man mutig die Arbeit wieder aufnehmen muß, um die Kooperative in Gang zu bringen. Die Frauen schimpfen mich eine Unbewußte und fast Verrückte. Ich antworte ihnen: Aber gerade jetzt muß man aufpassen! Was erwartet ihr? Daß eine Direktion von außen kommt? Daß alles wieder anfängt und man sich in einer Fabrik befindet wie alle anderen, wo man euch immer sagen wird: "warte, warte, das ist nicht der Augenblick davon zu reden". Es ist niemals der Moment. Es muß immer etwas in Gang gebracht werden, das ist immer der Vorwand ... Sicher sind wir auf der ökonomischen Seite in unheimlichen Zwängen, aber man muß sich auch die ganze Zeit über um die menschliche Seite kümmern.

Am Tag nach den Wahlen bin ich in den Streik getreten. Ich habe in der Zeitung "La Cochenille" (Gegeninformationszeitung in der Region Franche-Compte) einen kleinen Text geschrieben, um mich zu erklären:
"Die Monate sind langsam vergangen. Wir haben uns in die Routine eingefunden. Wir haben uns in einem Kampf des Wartens führen lassen, wo es nur noch eine Handvoll Leute gab, die alles entschieden. Was LIP nun als Kampfstrategie vorgeschlagen wird ist die Arbeit, ohne eine andere Form von Vorgehen. Ja, die richtige Schufterei! Arbeit, einverstanden, Arbeit, vielleicht. Aber unter welchen Bedingungen? Um was zu machen? Wie? Mit welcher Hierarchie? Welche Herrschaft? Welche Organisation? Welche Sicherheit bei einem Unfall? Welche Hygiene hinsichtlich der Gesundheitsschädigung in den Werkstätten der Metallverarbeitung? Welche Beteiligung in der Betriebsführung? Welche Rotation der Aufgaben? Welche Entscheidungsmöglichkeiten? Die Frage, die sich tatsächlich stellt, ist auch die: Werden wir wieder wie früher arbeiten? Mit derselben Hierarchie? Im gleichen kapitalistischen Schema? Ist das LIP und die "neue Hoffnung" der letzten "LIP-Unite"? (Titel des Leitartikels der März/April-Ausgabe der LIP-Zeitung — "L'esperance demeure" — die Hoffnung bleibt). In der Tat ist das keine Frage mehr, die sich bei LIP stellt und deshalb bin ich allein seit einer Woche im Streik und ich denke nicht, weil ich im Moment die einzige unter 450 Leuten in der Fabrik bin, nicht mehr für die gleiche Sache zu kämpfen. Vielleicht bringt das ein anderes Element der Überlegung für meine Kollegen, was das "anders leben und arbeiten" angeht ..."

Diese Fragen sollten nicht im geheimen schlummern. Und dennoch sagt man uns in der VV oder auf den Gängen der Fabrik die ganze Zeit über "Ja, ja, einverstanden, aber, aber, aber ..." Es ist immer die technische Seite, die obenan steht. Wenn das woanders wäre, wäre das nicht so schlimm, aber in einer Kommune, die sich "LIP" genannt hat, mit allem, was das ausdrücken wollte, ist das doch unheimlich wichtig, oder? Und dann auf der Gewerkschaftsebene würde man auch sagen, daß sie am Ende ihrer Kunst angelangt sind. Darüber waren wir gestern abend alle einer Meinung: Man kann sagen, daß es im Moment bei LIP keine Gewerkschaft mehr gibt. Es gibt eine, aber wenn du etwas forderst, zu wem kannst du dann gehen? Du kannst nicht mehr zu Charles Piaget gehen, denn Charles

Piaget drückt sich am Mikro wie ein Unternehmer aus und ist in der Rolle des Unternehmers. Es ist ziemlich hart, Charles einen Unternehmer zu schimpfen, aber dennoch ...

In der VV gibt es die Trägheit der Leute, es gibt den kleinen individualistischen Egoismus der die Überhand gewinnt, die Müdigkeit ... Und dann die Konditionierung der Leute. Und dann sieht man nichts mehr, man hat keine Schwärmerei mehr, ist nicht mehr stimuliert, sieht nicht, wo das alles hinführen wird. Nun, jeder hat sich anders entwickelt. Es gibt welche, für die ist die Solidarität von der Entmutigung verdrängt worden. Ich habe eine gute Freundin, die sich weigerte, zu einer Solidaritätsveranstaltung für Comurex zu gehen! Das ist die Höhe!

Trotzdem darf man nicht verallgemeinern. Die Sachen entwickeln sich bei LIP unaufhörlich. Heute ist man versucht, von Entmutigung, von Egoismus und allem zu reden; aber das kann sich von heute auf morgen ändern. Das ist das tötliche für die Leute von außerhalb, die etwas verstehen möchten: wir können ihnen niemals einen endgültigen Standpunkt geben. Man muß sagen, daß wir mehr als 4oo sind, und das ist nicht so als wären wir 20. Es gibt Alte, Junge, Katholiken, Nicht-Katholiken, Revolutionäre, Reaktionäre (es gibt noch LIP's, die bei den letzten Wahlen die Rechte gewählt haben!), alle diese Unterschiede, das fühlt man, das spielt eine Rolle.

Was am Anfang positiv war, ist, daß sich alle diese Sektoren zusammengefunden hatten, ohne im Konflikt kleine Cliquen zu bilden. Und dann bei Neuschwanders Eintreffen, gab es ein verfluchtes Zurückfallen in das alles. Was hieß es, dich vor deiner Maschine wiederzufinden, wo du doch etwas anderes kennenlernen wolltest, vielleicht sogar niemals wieder arbeiten? ... Und was fandest du am Ende von alledem? Die Schufterei wie vorher! Ich hab' das nicht geschluckt: Ich machte ... keine Nervenzusammenbrüche ... aber psychosomatische revoltierende Dinge. Es passierte mir, daß ich in Wut geriet, meine Arbeitsstücke zu Boden warf, was ich früher niemals gemacht hätte. Ich stritt mich fast jeden Tag mit meinem Vorarbeiter, der versuchte, mich von der biederen menschlichen Seite zu nehmen, Freundlichkeit, Paternalismus: "Ich werde Sie nicht Frau Andre nennen, sondern Christiane." Und ich antwortete trocken: "Nein! Ich lehne es ab, daß Sie mich Christiane nennen. Das heißt gar nichts!" Meine Reaktion hieß auch nichts, sicher, sie war idiotisch. Aber es gab da etwas dahinter.

Alles war wie früher an seinem Platz: der Unternehmer, die Schufterei, die Gewerkschaften. Meine Werkstatt, wo es die härteste Arbeit gab, war die der "Verbannten". Dorthin hatte man alle die gesteckt, die die anderen Chefs in ihren Abteilungen nicht wollten, weil sie es ablehnten, zuviel zu arbeiten oder andere Dinge. Merke dir, daß nicht alle kämpferisch waren: sie verweigerten die schmutzige Arbeit, aber das war nur für ihren kleinen persönlichen Vorteil. Es war schwierig zu leben. Sie (diese 'verbannten' Frauen) spionierten sich gegenseitig aus, schrien sich an. Die Kleinlichkeit kam voll heraus und es war sehr schwer, mit den Vorarbeitern und allem anderen drum herum zu leben ...
Eines schönen Tages, man wußte nicht genau wieso, legten wir die Arbeit nieder, auf einen Schlag, wir hatten von den Arbeitsbedingungen die Nase wirklich voll, das Öl, eine scheußliche Luftverschmutzung, die Hitze. Und da bemerkte ich, daß die Rolle der gewerkschaftlichen Sektion überhaupt nicht mehr die war, die ich erwartete. Das war nicht mehr der Charles Piaget, den wir während des Konflikts gekannt hatten.

Das war eine sehr wichtige Phase (zumindest habe ich sie so gelebt) nach einem Konflikt wie dem von 1973. In diesem Moment damals, wurde mir das Gelebte des alten Konflikts noch mehr bewußt. Mir wurde klar, was es hieß, in seiner Abteilung ausgebeutet zu werden, was es bedeutete, arbeitslos zu sein, die Unterschiede der gewerkschaftlichen Etikette, ihre Meinungsverschiedenheiten, die Rolle des Aktionskomitees, die Rolle der Direktion und der Vorarbeiter. Alles war da und es war keine Theorie mehr. Im Jahr 1973 hatten wir um unsere Arbeitsplätze gekämpft, aber auch, um die Gesellschaft vorwärtszubringen. Nach diesem Konflikt wurde Palente wieder geöffnet ... meiner Meinung nach aber genügte es nicht, daß Palente wieder öffnet und dann Schlußpunkt.

In dieser Phase gab es eine merkwürdige Initiative: Wir wurden von der Direktion gerufen, alle die, die wollten, um mit ihr zu diskutieren (während der bezahlten Arbeitszeit) in den Teppichbüros ... Ich bin hingegangen, um zu sehen, obwohl ich nicht sehr lebhaft war. Ich bin hingegangen, aber ich habe an diesem Tag nichts gesagt, ich habe beobachtet. Vor allem die Vorarbeiter diskutierten ... Das gefiel ihnen, das rechtfertigte ihre Rolle. Was waren wir da in diesem Milieu? Ich fand das unverschämt. Die CFDT sagte uns "ihr werdet in die Falle gehen", aber sie hätten uns erklären können, warum. Sie hätten zu diesen Versammlungen kommen können, als neutrale Beobachter. Ich habe eine Sache verstanden, das ist die neue Sache: die Unternehmer werden uns nicht mehr anschnauzen, das wird jetzt in aller Güte geschehen, um uns umso besser dranzukriegen. Wenn es das wäre, eine linke Direktion, bravo. Als wir die Versammlung verließen, sagte mir der Vorarbeiter: "Also, es lohnt sich nicht, in "LIP au feminin" (Buch über die Frauen bei LIP) zu schreiben, daß Sie nichts gesagt haben! Und die anderen auch nicht! Ich bin enttäuscht von meinen Jungs." Er sagte "meine Jungs", man hätte meinen können eine Fußballmannschaft!

Gut. Um zu unserem Streik in der Uhrengehäuse-Schleiferei zu kommen: eines Tages entschieden wir uns, zur Gewerkschaft zu gehen. Wir waren zahlreich, setzten uns auf die Erde, die Tische, das war dufte. Da kommt Charles an, ganz bleich ... Das war, weil er — wir erfuhren es in diesem Moment — sich bei Neuschwander dafür eingesetzt hatte, daß es zwei Jahre lang in der Fabrik unter den Arbeitern keine Unruhe geben werde! Und unsere Abteilung war eine Schlüsselabteilung: Wenn wir die Arbeit aussetzten, würde die Uhrmacherei nicht mehr mit Gehäusen versorgt werden und niemand hätte mehr Arbeit. Alles wäre nach und nach gelähmt. Das wäre für die Solidität des Unternehmens sehr schlimm gewesen. Charles telefoniert mit dem Personalchef, der antwortet, daß er keine Zeit hat. Charles bleibt darauf bestehen und schließlich kommen die Chefs. Als sie 5o entschlossene Leute gesehen haben, bekamen sie Angst ... Das wäre interessant euch zu erzählen; was im folgenden geschah, die Verhandlungen. Das war wie bei irgendeiner Arbeitsniederlegung. Es ist auch wichtig zu erwähnen, daß das kurze Zeit vor der zweiten Konkursanmeldung passierte.

Ich habe euch das alles erzählt, um über die Rolle der Gewerkschaft zu sprechen, die man beinahe als neuen Unternehmer betrachten kann.

Ihr habt eine Kasette in eurem Tonbandgerät? Oh, la, la, als ich das erste Mal eine solche Kiste gesehen hab', war ich krank! Ich hatte Angst und konnte nichts sagen. Jetzt ist das etwas anderes: Ich bin zu bewußt. Ich habe vor der Tragweite meiner Worte Angst. Man kann damit gefährliches machen, wenn man will. Aber ich spreche trotzdem, denn während der ganzen Jahre des Konflikts hat man mir eingetrichtert, daß man sich ausdrücken soll. Das stimmt. Weil wir Arbeiter sind, warum sollten wir uns nicht die Mühe machen, das zu sagen, was man zu sagen hat?





ETA – HILF UNS

PAMPLONA
18. Juli

Ein Göttinger Genosse schrieb einen Bericht über die Unruhen in Pamplona während des San Fermin, des traditionellen Stierkampfes:

„Liebe Genossen,

hier ein kurzer Bericht zu den Ereignissen der letzten Wochen in Euskadi. San Fermines – 1978.

In Iruna (Pamplona) begann am 6.7.78 die San Fermines Festwoche. Zu diesem, vor allem den Touristen bekannten Stierkampffesttagen waren dieses Jahr über 250.000 Touristen aus den spanischen Provinzen und aller Welt angereist.

Es fehlte allerdings eine Gruppe von ca. 50 höheren Offizieren des US-amerikanischen Luftwaffenstützpunktes bei Madrid, die kurzfristig und ohne Erklärung eine Woche vorher ihre Hotelbuchungen geschlossen rückgängig machten.

Einige Wochen vor Beginn der Festtage reiste der spanische Innenminister Villa nach Bonn zu Bundeskanzler Schmidt, um sich über die Entwicklung der elektronischen Überwachung und Kontrolle auf dem Gebiet der „inneren Sicherheit" zu informieren. Es wurden auch Fragen der europäischen gemeinsamen Sicherheitsinteressen auf dem Gebiet der „Bekämpfung des Terrorismus" besprochen. Spanien möchte bald in die EWG aufgenommen werden, und von den ausländischen Investoren werden „Sicherheiten" verlangt.

In Iruna hatten sich schon vier Tage vor San Fermin mehrere Familienangehörige der politischen Gefangenen im oberen Stockwerk des „Ayuntamiento" (Rathaus) eingeschlossen und waren in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. An der Außenwand war ein Plakat angebracht: „San Fermines – todos en casa", was meinte, zu San Fermin sollte a l l e Gefangenen zuhause sein. Ein Teilzugeständnis war ihnen gemacht worden, doch sie waren nicht einverstanden und hungerten weiter.

Am späten Nachmittag des 8.7. erlebten wir den brutalen Einsatz der FOP (fuerzas del orden publico – Polizeikräfte zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung) in der Plaza de to ros, der Stierkampfarena. Im Stadion befanden sich zu dieser Zeit ca. 20.000 Menschen. Mehrere Gruppen waren innerhalb der Arena und forderten auf Spruchbändern die Freiheit aller Gefangenen, sowie volle Autonomie für Euskadi. Lautstark wandten sie sich ans Publikum, ob dieses mit einer Diskussion über diese Ziele bzw. einer Demonstration dafür innerhalb des Stadions einverstanden wären. Nur eine kleine Gruppe von vielleicht 50 bis 70 Personen war dagegen, wobei es mit dem Umstehenden zu einem Handgemenge kam, eher ein Gerangel.

Plötzlich, völlig unerwartet, stürmen aus der Richtung, wo sonst die Stiere reinkommen, ca. 50 bewaffnete Polizisten mit Gummiknüppeln, Hartgummigeschoßgewehren, Tränengasgewehren und Pistolen ins Stadion und knüppeln sofort los. Die ersten Schüsse fallen und auf den Rängen kommt es zu einer Panik. Viele Frauen und Kinder sind unter den Zuschauern. Die Arena füllt sich mit Tränengas, die Geschosse auf die Ränge können nur zum Teil zurück in die Arena geschleudert werden. Die Leute verteidigen sich mit Flaschen und Sitzkissen, und in der Arena versuchen sich die meist Jüngeren mit den bloßen Händen zu verteidigen. Es ist schrecklich, das Weinen der Kinder, die Husterei durch das Tränengas, die allgemeine Panik, weil natürlich nicht alle zu gleicher Zeit aus den Gängen rauskönnen. Einige von uns versuchen, laut schreiend und kettenbildend, der Panik Einhalt zu gebieten. Wir schaffen es nicht.

In der Arena liegen viele Verletzte von uns. Mittlerweile haben die Polizisten der FOP das Stadion umstellt und schießen auf jeden, auch Frauen und Kinder, der das Stadion versucht zu verlassen. Endlich gelingt es einigen von außen, die Fops zu-





Photos: In der Altstadt von Pamplona, einem Treffpunkt von Linken und Jugendlichen, wurden Barrikaden gebaut. Polizisten und Demonstranten lieferten sich tagelange Gefechte (Photos Seite 19). A Alle Banken in Pamplona wurden so zerstört, daß sie am nächsten Tag nicht öffnen konnten (Photo Seite 20)

rückzuschlagen, so daß wir die Verletzten und Frauen und Kinder aus dem Kessel herausbringen können. Alte wie Junge beteiligen sich an dieser Schlacht und die Fops müssen zurückweichen.

Ein Demonstrationszug formiert sich in Richtung Innenstadt, hin zum Polizeipräsidium. Circa 30 Meter vor dem Gebäude eröffnen die Fops das Feuer mit Hartgummegeschossen, Tränengas und scharfer Munition, wie wir später durch Einschläge an Autos feststellen. Überall Barrikadenbau mit Autos, Steinen, Brettern usw.. Den brutalen Angriffen stehen wir mit unseren Steinen und Flaschen eher hilflos gegenüber. Wir ziehen uns in die Altstadt zurück, wobei der große freie Platz (plaza de castillo), der durch die umliegenden Restaurants von Tausenden von Touristen besetzt ist, von den Fops durch Tränengas und Hartgummigeschossen „leergefegt" wird.

Zum Verständnis: Wir waren viele junge Leute aus Europa, den USA und Australien, die zu San Fermines gekommen waren. Nun beteiligten wir uns durch diesen Überfall für mehrere Tage an den Straßenkämpfen und erfuhren so sehr direkt, was uns in vielen Gesprächen die baskischen Genossen schon des öfteren gesagt hatten: der Polizei- und Unterdrückungsapparat wütet unter der Regierung Suarez unter Beteiligung der Sozialisten oft schlimmer als zu Frankos Zeiten.

In jener Nacht wurde die „Diputacion" (das Kreisparlament) angesteckt und umfangreiches Aktenmaterial vernichtet. Im Morgengrauen, nach acht Stunden Straßenkampf, formierte sich ein Trauerzug mit einem großen Schild: German Rodriguez, Student, 23 Jahre, Mitglied der LKI (trotzkistische Partei), e r m o r d e t ! Er war an jenem Tag, dem 8.7., durch einen Pistolenschuß im Kopf eine Stunde nach Einlieferung ins Hospital gestorben.

In der gleichen Nacht brachte ein französisches Militärflugzeug einen schwerverletzten Franzosen in eine Spezialklinik in Pau, wo er einen Tag später gestorben ist. In dieser Nacht verletzten die Fops 200 Genossen (die in den Krankenhäusern behandelt wurden), davon etwa 50 sehr schwer: durch Pistolenschüsse, Hartgummigeschosse, Tränengasbomben. Es ist nicht klar, ob alle überleben werden, z.B. hat ein Genosse einen Bauchschuß wobei die Kugel drei bis vier Millimeter von der Aorta entfernt liegt und eine Operation zu gefährlich wäre; er müsse sich erst etwas erholen. Doch wie soll er sich erholen bei dieser schweren Verletzung?

In der folgenden Nacht kämpften wir vor allem in der Altstadt, wobei die Gedenktafel zu Ehren German's mit Bildern von ihm vor dem Rathaus verwüstet wurde: sie, die Fops, zerrissen die Bilder von ihm und zertrampelten die Blumen. Dies wurde von einer alten Frau vom gegenüberliegenden Haus beobachtet, die uns das anschließend erzählte.

In diesen beiden folgenden Tagen verließen nach Aussage der bürgerlichen Zeitungen 250.000 Touristen Pamplona. In den benachbarten Provinzen kam es zu Solidaritätsdemonstrationen, wobei in Donostia (San Sebastian) ein weiterer junger Genosse erschossen wurde: José Ignacio Barandiarán, 19 Jahre. Auch hier wie in Bilbao und fast allen Städten des Baskenlandes viele Schwerverletzte, brutalstes Vorgehen der Fops.

Am 11.7. dann Generalstreik in Iruna sowie in weiten Teilen des Baskenlandes. Der Beerdigung German's am Tag zuvor hatten ca. 50.000 beigewohnt. Auch an diesem Abend war es wieder zu Angriffen der Fops in der Altstadt gekommen.
Am Donnerstag dann Generalstreik in Donostia (San Sebastian) und den Nachbarstädten. Weiterhin Barrikadenkämpfe in vielen Stadtteilen Donostia's.

In den bürgerlichen Zeitungen wird nach Konsequenzen verlangt: Rücktritt der entsprechenden Polizeioffiziere. Felipe Gonzalez, Sozialistenchef, verlangt „weitergehende" Konsequenzen; der nächste Wahlkampf ist schon bald.

Am 14.7. dann ein schwer verständlicher Zwischenfall in Renteria, nahe der französischen Grenze. Circa 50 wie zuvor beschrieben bewaffnete Fops ziehen durch die Hauptverkehrsstraße, schießen mit Hartgummi und Tränengas, zerstören die gesamte Schaufensterfront und rauben die Auslagen. Martin Villa, der Innenminister Spaniens, der sich zu gleicher Zeit im Baskenland aufhält, gibt eine Pressekonferenz und „verurteilt" auf das entschiedenste diesen Zwischenfall, fordert die direkte Bestrafung „der Verantwortlichen" und läßt den Chef der Fops sofort vom Dienst suspendieren.

Mittlerweile hat sich in den Städten eine Untersuchungskommission der „Vorkommnisse" gebildet, alle politischen Parteien sind daran beteiligt, und die „Verantwortlichen" sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Ein scheinbar belangloser Zwischenfall am Rande: Montag, 10.7., kommt der Chef einer grossen Klinik Iruna's nach viertägigem Urlaub zurück (er ist ein stadtbekannter Faschist) und fragt einige Angestellte: Na, wie ist es ihnen über die Feiertage ergangen? Mehrere Angestellte

schauen sich fragend an und eine Antwort: ja, ganz gut. Er darauf: Was? Sie sind nicht verletzt worden? Die Angestellten werden bleich, schauen sich fragend an, und er weiter: Ach ja, ich hab so meine Informationen, es ist doch was Schlimmes passiert, das war klar. (!)

Ein weiterer kleiner Zwischenfall: Freitagmittag, dem 7.7., versuchte eine Gruppe von ca. zehn Personen in einer Seitenstraße Irunas ein Waffengeschäft zu plündern. Sie schafften es nicht, weil vor allem auch Anlieger herbeieilten, woraufhin sie Pistolen zogen, rumfuchtelten und schrien: Platz frei! Polizei! (?)

Hier nun einige Fragen zu den Ereignissen in Euskadi, vor allem zu San Fermin – 1978 (Diese Fragen wurden von baskischen Genossen für ihre Analyse der Tage formuliert):

– Warum buchten jene 50 Offiziere des Luftwaffenstützpunktes bei Madrid ihre Zimmer „kurzfristig und ohne Erklärung ab" ?
– Ist es Zufall, daß der spanische Innenminister nur wenige Tage vorher seinen deutschen Amtskollegen zu einer Unterredung über „Investitionsklima" und „Bekämpfung des Terrorismus" aufsucht ?
– Warum versuchen Leute vom Geheimdienst am 7.7. ein Waffengeschäft in Iruna zu plündern (es gibt keinerlei Nachforschungen von Seiten der Polizei nach den Tätern) ?
– Warum machen am 8.8. die Fops in der Arena diesen brutalen Überfall ?
– Wer gab den Einsatzbefehl ?
– Wer gab den Schußwaffengebrauch frei ?
– Warum wurden die Pena's (Koordinationskomitee zur Organisierung der Festtage San Fermin) von dem Einsatz im Stadion weder unterrichtet noch gefragt, ob ein Einsatz überhaupt notwendig sei ?
– Woher wußte der Chef der Klinik von den Ereignissen? Wer waren seine „Informanten", die vorher schon wußten, daß Zwischenfälle zu „San Fermin – 1978" passieren werden ?
– Warum ist Innenminister Villa mit einer „Verurteilung" der „Verantwortlichen" für den dubiosen Zwischenfall in Renteria so schnell bei der Hand, wo die Fops doch ihm selbst unterstehen ?
– Warum nennt Villa in der gleichen Pressekonferenz die Ereignisse in Euskadi „Bagatelle" und „unglücklich"? Was ist da verunglückt ?

Es gibt wohl nur noch wenige baskische Organisationen der Linken, die nicht von einer Initiierung der Zwischenfälle zu San Fermin ausgehen. Sie vermuten, daß die Sache von langer Hand geplant, mit ausländischen europäischen Geheimdiensten abgesprochen und zur Feststellung der Stärke der baskischen Linksorganisationen durchgeführt wurde. Spanien will in die EWG, und da ist ein „Unruheherd" wie Euskadi für das „Investitionsklima" äußerst abträglich. Vielleicht hofften auch einige auf eine offene Auseinandersetzung mit den bewaffneten Guerillagruppen, um sie für ihre Stimmungsmache aufbauen zu können (ein Raub, in einem Waffengeschäft, durch „Linke" läßt sich doch immer gut zur Stimmungsmache ausbauen). Ausserdem sollten die Differenzen zwischen Guipuzcoa und Nafarroa, den beiden baskischen Provinzen, für die Reaktion nutzbar gemacht und ausgebaut werden. Und der Zwischenfall in Renteria war geeignetes Objekt, von den Vorkommnissen der vergangenen Tage abzulenken (die bürgerlichen Zeitungen haben die Meldungen mit Freuden aufgenommen und weidlichst ausgeschlachtet). San Fermin – 1978 sollte wohl aus den Köpfen möglichst schnell wieder verbannt werden.

Einige Erläuterungen:

fop = fuerzas del orden publico / Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung

guardia civil = paramilitärische Einheit, die etwa der CRS in Frankreich vergleichbar und noch schlimmer ist als die fop

policia = etwa der Schutzmann von der Ecke, da stehen die auch oft rum, ohne polizeiliche Gewalt, also können niemanden verhaften

Wichtig: Es gibt im gesamten Euskadi keinen einzigen Basken in den Fop oder der guadia civil, also alles Auswärtige, Fremde, die da Terror als Ordnungskräfte verbreiten.

penas = Koordinationskomitee zur Organisierung der Festtage San Fermin, also einfache Leute, die die Tanz-, Sing- und Spielgruppen sowie die corridas (Stierkämpfe) organisieren. Sie unterstehen keiner öffentlichen Gewalt, etwa dem Bürgermeister oder so, sondern arbeiten „unabhängig".

Es gab in der Bundesrepublik vor einigen Wochen eine Zeitungsnotiz, wonach die baskische Befreiungsbewegung ETA nur noch schwach von der Bevölkerung unterstützt würde, und nur mehr 12 Prozent hinter ihnen stehen würden. Bei den eben beschriebenen Barrikadenkämpfen, den Beerdigungen, in den Gesprächen mit den Basken wurde immer wieder laut gerufen: ETA! ETA! – Gora ETA! – ETA Matarlos! – ETA Ayudanos! usw., also: hoch lebe ETA, ETA, bring sie um (die Fops, die da auf uns schossen), ETA hilf uns, usw..

Vor allem für uns ausländische Genossen, die wir mehr unfreiwillig an dieser Auseinandersetzung teil hatten, waren solche Rufe zumindest aus unseren Heimatländern unbekannt – oder kennt ihr Straßenkämpfe mit den Polizisten hier, bei denen die Leute laut nach dem 2. Juni, der RAF oder den RZ rufen würden ?

Bis bald. Freiheit und Glück!

Informationen: Euskadi und Spanien, c/o Buchladen, Rote Str. 34 Göttingen.

MENSCHENRECHTE SIND UNTEILBAR

MÜNSTER
12. JULI

Aus Münster erhielten wir das folgende Flugblatt:

Im Rahmen der Argentinien-Solidaritätskampagne zur Fußball-Weltmeisterschaft wurden von Amnesty International und anderen Gruppen über 40.000 Unterschriften für eine Petition an die Bundesregierung gesammelt, in der gefordert wird, daß die Bundesregierung 500 politische Gefangene aus Argentinien aufnimmt (In Münster wurden in kurzer Zeit 1200 Unterschriften dafür gesammelt). Die Bundesregierung stimmte zunächst zu, 500 politische Gefangene aufzunehmen. Jetzt geht aus einem Brief der ständigen Konferenz der Landesinnenminister hervor, daß die Innenminister auf Bitte der Bundesregierung 400 Personen aufnehmen wollen, anstelle von 400 „noch nicht in Anspruch genommenen" Plätzen für Chilenen. Das Land Baden-Würtemberg, das von dem bekannten „antifaschistischen Widerstandskämpfer" Filbinger regiert wird und der Freistaat Bayern wollen gar keine Argentinier aufnehmen.

Das Ganze ist in dreifacher Hinsicht eine große Lumperei:

– Es wird nur noch von 400 (statt 500) Menschen gesprochen;
– Es ist die Rede von 400 Personen und nicht von politischen Gefangenen. Das bedeutet, daß sich die Zahl der aufzunehmenden Gefangenen politischen Gefangenen noch verringert, weil diese in der Regel ihre Angehörigen

mitbringen, die dann in der Gesamtzahl mit einberechnet werden. Die Forderung von Amnesty International lautet aber 500 politische Gefangene.

— Schließlich werden noch Argentinier gegen Chilenen ausgespielt. Nach dem Motto: Im Moment richtet sich ein großes öffentliches Interesse auf Argentinien, also gibt sich die Bundesregierung in Bezug auf Argentinien ein wenig liberal und die Chilenen werden verstärkt den KZ's und Folterknechten ausgeliefert.

Diese Doppelzüngige Haltung der Bundesregierung zeigt: Die Solidarität mit dem argentinischen Volk darf nach Ende der WM nicht stehenbleiben. Wir fordern: Asyl für 500 politische Gefangene aus Argentinien! Keine Streichung der Asylplätze von Chilenen!

Es folgt der Bericht von einer Aktion:

Am 19. 5. 78 besuchten Mitglieder der Argentinien-Solidaritätsgruppe das Heimspiel Preußen gegen Lüdenscheid, um im Stadion ein Transparent mit der Aufschrift: „Argentina 78 — Menschenrechte im Abseits" auszurollen. Die Ordner forderten uns auf, das Transparent vom Zaun abzunehmen, was wir unverzüglich taten. Wir gingen in die entgegengesetzte Stadionkurve und entrollten es dort. Wieder kamen die Ordner. Eine Reihe von Preußen-Fans unterstützte uns: Einige meinten, sie würde so ein Transparent nicht stören, stören würde sie lediglich der Krach, den die Ordner machten. Andere meinten, in Argentinien sei „was faul" und das müßte man in die Öffentlichkeit tragen. Andere meinten, der Verein Preußen würde von Eintritts- und Steuergeldern finanziert, also müßten die Fans und Steuerzahler entscheiden über Transparente und nicht der Vorstand.



Unser Auftreten und das der erwähnten Fans war sachlich. Wir haben - so gut es ging — unser Recht auf freie Meinungsäußerung im Stadion verteidigt. Insofern ist es Humbug, wenn der Anwalt von Preußen uns andichten will, wir hätten gegenüber den Ordnern geäußert, sie sollten ihre Klappe halten, 500 von der K-Gruppe ständen im Hintergrund.

Später hörten wir, daß eine Frau von den beiden Ordnern im schmerzhaften Transportgriff zur Polizei gebracht wurde (sie hatte mehrere Photos von dem Transparent gemacht), wo ihre Personalien festgestellt wurden und sie den Film herausnehmen mußte. Der Anwalt von Preußen tischt auch hierzu wieder Falsches auf. Er schreibt: „Daraufhin gingen die Ordner auf sie zu und forderten sie auf, ihren Namen anzugeben und den Film herauszugeben. Sie warf sich daraufhin zu Boden und gab dem Zeugen Lührs (Ordner) eine Ohrfeige." Der Anwalt von Preußen gibt zu, daß die Ordner Gewalt anwendeten. „ sie wurde mit leichter Gewalt zu den Polizeibeamten gebracht." Was schwere oder leichte Gewalt ist, darüber dürften die brutalen und unfreundlichen Ordner wahrscheinlich anderer Auffassung sein als die Frau, die photografieren wollte.

Wir fordern den Vorstand von Preußen auf, unverzüglich den Forderungen des Anwalts der Frau nachzukommen: Herausgabe des Films, und Schmerzensgeld. Wir fordern auch, daß das Hausverbot, das der Preußen-Vorstand gegen dieFrau ausgesprochen hat, aufgehoben wird.

Wir wissen, daß in vielen Stadien der ersten und zweiten Bundesliga Fans von den Ordnern brutal behandelt werden (wenn sie mal auf den Platz laufen, wenn sie Sprechchöre rufen, die den Vorständen nicht passen usw.). Es ist auch kein Geheimnis, daß der Vorstand von Preußen Münster keine glückliche Hand zu haben scheint in der Verwaltung der Eintrittsgelder, Mitgliedsbeiträge usw.: Jedenfalls ist Preußen gerade noch einmal um den Lizenzentzug herumgekommen.

Kontakt: Argentinien-Solidaritätsgruppe Münster c/o D. Berndt, Hornstr. 30, Tel.: 0251 / 5 66 69

FESTE — FETES — FESTIVALS — FIESTAS

FRANKFURT 15. Juli

Frankreich: Fete de 1. Aout

Wenn euch Sarrat d'Usclat, Planes de bis oder Broucaillou ein „aha, kenn ich doch, war ich doch.." von den Lippen lockt, schaltet die Maschine ab, sucht euch einen, der eure Viecher versorgt, laßt eure Beschäftigung mal alleine und packt euer Bündel und walzt los Richtung hierher, und schaut, daß ihr zum 1. August hier seid. Da machen wir ein Fest. Also, komt, den Weg kennt ihr ja.

Paris: Internationale Ausstellung — Gegenkultur

Aus Paris kommt folgendes Kommuniqué bezüglich der Ausstellung Gegenkultur (siehe ID Nr. 236):
„Aufgrund der in Frankreich bestehenden illegalen Zensur der Post haben wir bis jetzt keinen einzigen Antwortbrief noch Mitteilungen bekommen für die geplante Ausstellung in Paris — Centre Beaubourg. Ähnliche Fälle der Postzensur sind bekannt. Wir protestieren gegen diese Repression und beabsichtigen, diese Ausstellung sofort zu veranstalten."

Kontaktadresse: Collectif expo contre-culture, c/o Jean Floczek, 93 av. de la republique, 75011 Paris.

Spanien: Jornadas contra la repression

Vom 22. bis 25. Juli findet in Katalonien ein Anti-Repressionsfest statt. Der Ort heißt Santa Maria Corco (l'Esquirol) und liegt zwischen Figueras und Vic. Es gibt Busse in Vic und Informationen im CNT-Lokal in Vic. Zelte sind vorhanden, nur Schlafsäcke müßt ihr mitbringen.

Kopenhagen: Christiania-Festival

Eigentlich wollten wir ja auch das Arbeits-Festival in Christiania vom 15. Juli bis 1. August ankündigen, aber dann haben wir uns gedacht, wir sind ja gegen jede Arbeit (diese Sponti-Dogmatiker!), deshalb kündigen wir nur das Multi-Media-Festival an. Vom 1. bis 15. August gibts in Christiania: Aktionsmalerei, Karneval, Straßentheater, Video, Zirkus, Workshops, Filme,... Die Adresse: *Stot Christiania, Dronningensgade 14, 1420 Kopenhagen K, Telefon der Festgruppe (01) 579 357.*

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Nummer des Abos **bezahlt bis ID Nr.**

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen – sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.

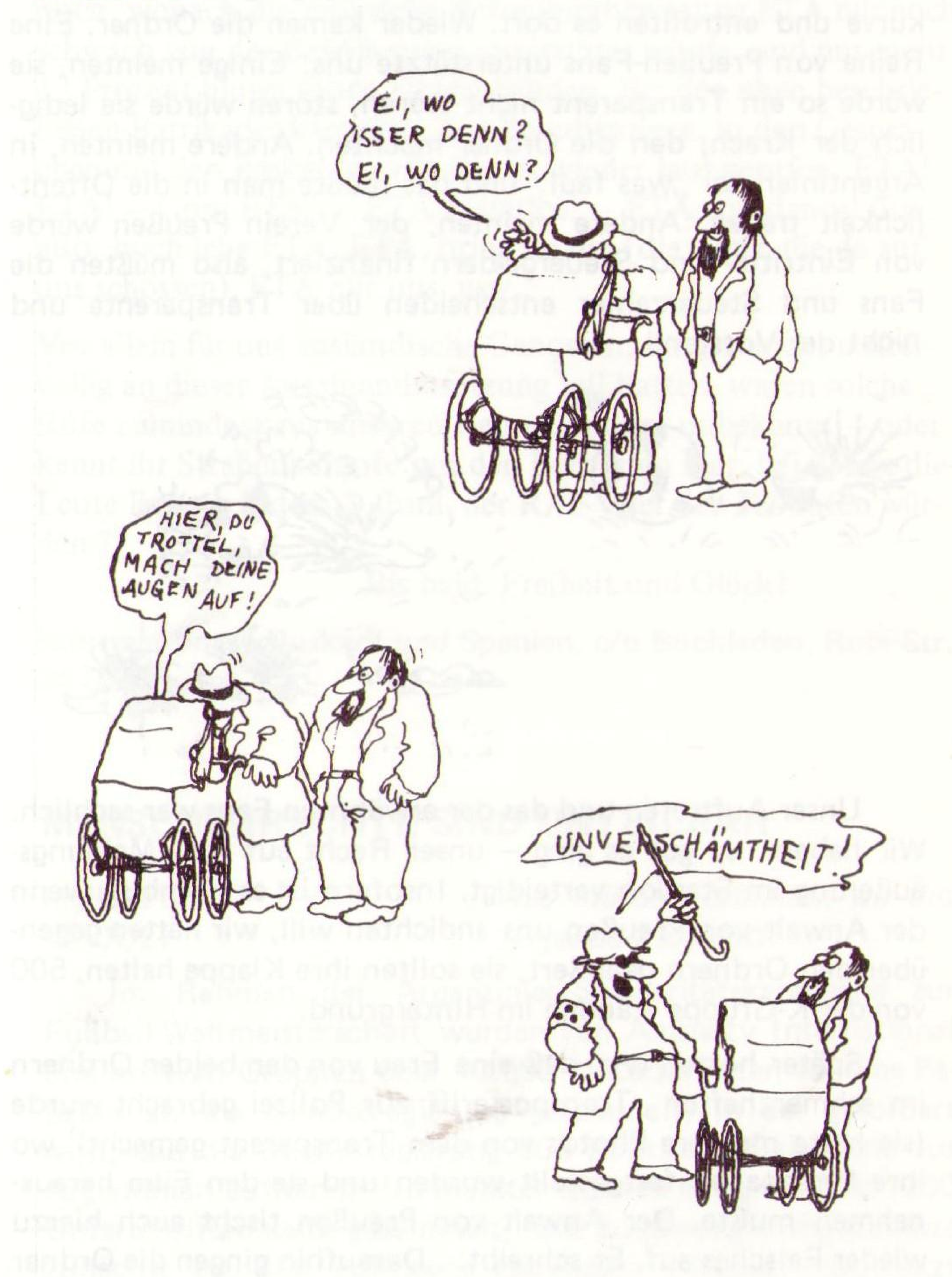
Posteinlieferung des ID Nr. 238, Freitag, 14. Juli, 22 Uhr

FRITZ TEUFEL ZUM PROJEKT 'LINKE TAGESZEITUNG'

„Von einer neuen Tageszeitung erwarte ich viel zu viel. Eine neue Zeitung ist die Frau meiner Träume seit 67. Daß sie doch auftauchte und nicht gleich wieder verschwände. Für alle Fraktionen und Gruppierungen der alten neuen Linken sollte sie mit den entsprechenden ideologischen Scheuklappen geliefert werden,sich aufs schärfste von sämtlichen anderen Parteien, Klikken und Sümpfen distanzieren, welchselbige ja alle gewissermaßen der Reaktion (nicht der Redaktion) in die behaarten Pfoten arbeiten und, um die Schande voll zu machen, objektiv Bullen und teleobjektiv Mondkälber sind. Die Frau meiner Träume macht alle glücklich. Sie fegt Mauern weg wie nix. Ghettomauern, Knastmauern und das Monstrum vom dreizehnten August. Sie enteignet Springer durch Abspenstigmachen der Leser. Sie wird von Frauen, Kindern, Türken Indianern, Schülern, Studenten, Gefangenen und anderen Rentnern, von Lohn- und anderen Drogenabhängigen für ihresgleichen gemacht. Sie profitiert von ID, Courage, Münchner Blatt, Kölner Volksblatt und vielen anderen Ansätzen zu alternativen Medien in Deutschland und anderswo. Auch mit schlechten Augen wird man sie ohne Lupe lesen können. Auch ohne mehrjähriges Studium der heiligen Schriften des Marxismus wird frau sie verstehen können. Sie wird nen Sportteil haben und nen Lokalteil für alle Regionen. Olle Gutenberg kann endlich aufhören, im Grabe zu rotieren und anfangen sich zu freuen, daß er die schwarze Kunst erfunden hat. Karl Valentin wird eine Kolumne kriegen und falls der schon tot sein sollte, vielleicht
vielleicht auch ich. Die Frau meiner Träume wirds nicht leicht haben. Ich wünsch ihr Glück.

Herzlichen Gruß, Fritz. Februar 78"

Zur Diskussion um das Projekt der linken Tageszeitung gibt es einen Prospekt. Er hat 72 Seiten und informiert über die Vorstellungen, wie eine Zeitung sein könnte, über Berichte von der Basis, Vertrieb, Finanzierung und Organisation. Für 6 Mark gibt es den Prospekt 'Linke Tageszeitung' im linken Buchhandel und/oder über den Prolit Vertrieb in 6304 Lollar, Postfach 61.



REPRESSION...

INTERNATIONALES...